Shrinking Spaces

Zivilgesellschaft unter Druck

Feministische Perspektiven und transformative Strategien

AMICA
Frauen stärken

Editorial:
Resignation ist keine Option 3

Teil 1:
Perspektiven zur Lage feministischer Zivilgesellschaft in Deutschland 6

Wir lassen uns nicht spalten 7

Zivilgesellschaft als Akteurin politischer Willensbildung
Interview mit Marie Wachinger und Stephanie Handtmann

Shrinking Spaces und öffentliche Finanzierung 11

Wachsende Hürden für die feministische Zivilgesellschaft
von Laura Pfirter

Geschlechterrolle rückwärts 13

Antifeministische und queerfeindliche Angriffe auf die Zivilgesellschaft
von Rebekka Blum und Len Schmid

Shrinking oder Closed Space? 15

Warum „Shrinking" Space für migrantisch-feministische Organisationen zu kurz greift
von Delal Atmaca

Ein globales Phänomen: Shrinking Space in Zahlen 18

Teil 2:
Feministische Strategien in Krisenregionen und repressiven Kontexten 19

Im Netzwerk der Solidarität 20

Schwesterlichkeit, Fürsorge und fragiler Widerstand in Belarus seit 2020
von Olga Spharaga

Shrinking Space in Kriegszeiten 23

Das Potenzial feministischer Initiativen in der Ukraine
von Britta Wasserloos

Widerstand und Resilienz 26

Statement feministischer Zivilgesellschaft aus dem Sudan
von Mai Shatta

Der Kampf um Libyens Zivilgesellschaft 28

Was es bedeutet, in einem geschlossenen Kontext Frauenrechtsaktivistin zu sein
von Yasar Alameen

Unsere Strategien und Forderungen:
Die Kraft transnationaler feministischer Zivilgesellschaft 30

IMPRESSUM

Herausgeber:
Amica e.V.
Habsburgerstr. 9
D-79104 Freiburg

Redaktionelle Leitung:
Hannah Riede

Redaktionsteam:
Hannah Riede, Cornelia Grothe, Florence Baader, Gaëlle Dietrich

V.i.S.d.P.:
Cornelia Grothe, Geschäftsführung Amica e.V.

Layout:
Schumacher Crossmedia GmbH Freiburger

Herstellung:
schwarz auf weiß Freiburg

Redaktionsschluss:
August 2026

Die Beiträge stammen von den jeweils namentlich genannten Autor*innen oder – soweit nicht anders gekennzeichnet – vom Redaktionsteam von Amica e.V. Die in den Gastbeiträgen vertretenen Auffassungen geben die Meinung der jeweiligen Autor*innen wieder. Wir danken allen Gastautor*innen herzlich für ihre Beiträge sowie der Bertha-von-Suttner-Stiftung für die finanzielle Unterstützung dieser Publikation.

© 2026 Amica e.V. Alle Inhalte dieser Publikation sind urheberrechtlich geschützt.

Resignation ist keine Option

Zivilgesellschaftliche Handlungsspielräume werden aktuell weltweit eingeschränkt. Motoren für diese Entwicklung sind Antifeminismus und die Delegitimierung internationaler Solidarität. Frauenrechtsverteidiger*innen in repressiven Kontexten sind besonders bedroht und stehen zugleich vielerorts an der Spitze des Widerstands. Weltweit verteidigen sie bestehende Handlungsräume – und schaffen neue. In Kontexten systematischer Entrechtung, geschlechtsspezifischer Gewalt und tiefgreifender Ungerechtigkeiten treten sie aus der strukturellen Unsichtbarkeit heraus und prägen Visionen einer Welt, die auf Solidarität und Gerechtigkeit aufbaut.

SHRINKING SPACE ALS GLOBALES PHÄNOMEN

Anfang der 2010er Jahre etablierte sich in der internationalen Zusammenarbeit der Begriff *Shrinking Space*, um die gezielte Einschränkung zivilgesellschaftlicher Handlungsräume durch autoritäre Kräfte zu benennen. Zur Zivilgesellschaft gehören Vereine, Verbände, soziale Bewegungen und Organisationen, die weder dem Staat noch privaten Unternehmen angehören. Sie organisieren sich unabhängig von Parteien oder staatlichen Strukturen und bilden gesellschaftliche Vielfalt ab. Als Interessenvertretung der Bürger*innen und marginalisierter Gruppen machen sie Missstände sichtbar, stoßen politische Debatten an und übernehmen eine demokratische Wächterfunktion gegenüber staatlichem Handeln. Damit tragen sie wesentlich zur politischen Willensbildung bei und sind unverzichtbare Voraussetzung für eine plurale Demokratie.

Der CIVICUS-Monitor bewertet den Grad der Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit in einem Land. Demnach lebten 2025 lediglich 3,4 % der Weltbevölkerung ohne Einschränkungen zivilgesellschaftlicher Freiheiten. Besonders drastisch sind die Bedingungen in Kriegs- und Krisenkontexten sowie in autoritären Staaten, in denen zivilgesellschaftliche Akteur*innen Überwachung, Repression, willkürlichen Verhaftungen und Gewalt ausgesetzt sind.

Doch Shrinking Space ist längst kein Alleinstellungsmerkmal autoritärer Staaten oder Krisenregionen; auch in liberalen Demokratien ist eine zunehmende Erosion zivilgesellschaftlicher Spielräume zu beobachten. Der „Atlas der Zivilgesellschaft" spricht von einer „autoritäre[n] Offensive", die „das Gefüge der Welt" von Grund auf verändere.[1] Angegriffen wird von Trump & Co nicht nur ein liberaler Wertekonsens. Die rechtsautoritäre Wende geht vielmehr eine toxische Allianz mit politischer und ökonomischer Macht ein, die Entsolidarisierung predigt und das Fundament der Demokratie aushöhlt. Die freie Zivilgesellschaft als DNA demokratischer Gesellschaften wird zur Zielscheibe, besonders jene Akteur*innen, die bestehende Machtverhältnisse und Privilegien in Frage stellen und strukturelle Ungerechtigkeiten kritisieren. Im Fokus stehen Menschen und Organisationen, die sich für Klimaschutz, die Rechte von Geflüchteten, Frauenrechte, reproduktive Rechte, globale Gerechtigkeit, Umverteilung und Diversität einsetzen.

DIE LAGE DER ZIVILGESELLSCHAFT IN DEUTSCHLAND

Auch in Deutschland lässt sich diese Entwicklung zunehmend beobachten. Seit 2023 wurde die Bundesrepublik im CIVICUS-Monitor zweimal herabgestuft, von „offen" auf „beschränkt". Im Interview mit der Allianz „Rechtssicherheit für politische Willensbildung" (S. 7) thematisieren Marie Wachinger und Stephanie Handtmann, wie unsicher die rechtlichen Grundlagen für politisches Engagement zivilgesellschaftlicher Akteur*innen sind. Ob durch die Infragestellung der Gemeinnützigkeit, den Missbrauch parlamentarischer Instrumente, um Ressourcen zu binden, die Kopplung von Förderprogrammen an einen vermeintlichen Neutralitätsanspruch – der von Delegitimierung und Diffamierung geprägte Diskurs wird auch hier gezielt von rechten Akteur*innen und konservativen Unterstützer*innen vorangetrieben.

ANTIFEMINISMUS ALS IDEOLOGISCHE BRÜCKE

Diese rechtsautoritäre Wende folgt einem klaren Muster: Gekürzt und angegriffen wird dort, wo sich

1 Atlas der Zivilgesellschaft 2026, hrsg. von Brot für die Welt, S.10.

Zivilgesellschaft für Gleichheit und Vielfalt einsetzt. Das „Zivilgesellschaftliche Lagebild Antifeminismus 2025" belegt die Zunahme queerfeindlicher Angriffe, Einschränkungen des feministischen Gewaltschutzes sowie koordinierter Angriffe auf die kommunale Gleichstellungsarbeit.[2]

Der Druck auf die feministische Zivilgesellschaft schlägt sich auch in staatlichen Mittelkürzungen nieder. Beispielsweise führt die geplante Umstrukturierung des Förderprogramms „Demokratie Leben!" zur Streichung bereits zugesagter Mittel für ohnehin schon unterfinanzierte Organisationen, die für Gleichstellung und gegen geschlechtsspezifische Gewalt arbeiten. Damit werden Strukturen jahrzehntelanger etablierter Beratungs- und Aufklärungsarbeit grundlegend geschwächt. Einen Überblick aktueller Kürzungen öffentlicher Gelder im Bereich feministischer Zivilgesellschaft gibt Laura Pfirter auf S. 11.

Die Soziologin Rebekka Blum beschreibt Antifeminismus als Brückenideologie: ein ideologischer gemeinsamer Nenner der extremen Rechten, konservativer Kräfte und religiös-fundamentalistischer Bewegungen, der sich als anschlussfähig für die Mehrheitsgesellschaft erweist. Die Gefahren dieser Entwicklung für die progressive Zivilgesellschaft analysieren Rebekka Blum und Len Schmid auf S. 13.

Antifeminismus ist zudem eng verknüpft mit anderen Abwertungsideologien wie Rassismus und Antisemitismus. Eine feministische Analyse von Shrinking Space muss daher immer intersektionale Machtkritik sein: Die Einschränkung zivilgesellschaftlicher Freiheiten ist mit bestehenden strukturellen Ungleichheiten verwoben und verstärkt diese. Dass dieses Phänomen für migrantisch-feministische Selbstorganisationen keineswegs neu ist, erläutert Delal Atmaca in ihrem Beitrag auf S. 15.

DELEGITIMIERUNG GRENZÜBERSCHREITENDER ZUSAMMENARBEIT

Auch Strukturen internationaler Solidarität werden derzeit massiv in Frage gestellt. Dabei geht es nicht um die notwendige kritische Auseinandersetzung mit der kolonialen Kontinuität von Entwicklungszusammenarbeit, sondern um Falschinformationen, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit als Steuerverschwendung diffamieren und die Verantwortung Deutschlands für die Bekämpfung globaler Herausforderungen wie Hunger, Armut und ungleich verteiltem Wohlstand negieren.

Die Regierung Trump hat vorgemacht, wie ein rechtsautoritäres Drehbuch zum Rasenmäher internationaler Zusammenarbeit werden kann. Insbesondere die weitreichenden Mittelkürzungen bei der Entwicklungsbehörde USAID haben verheerende Folgen. Programme für Geschlechtergerechtigkeit, insbesondere mit Bezug auf reproduktive Rechte, zählten zu den ersten Opfern dieses Defundings. Weltweit analysiert die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) für 2025 einen Rückgang der öffentlichen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit um 23 %[3] – ein Kurs, den auch die Bundesregierung durch massive Kürzungen seit 2025 eingeschlagen hat.

Diese Mittelkürzungen wirken sich unmittelbar auf Umfang und Qualität internationaler Zusammenarbeit aus. Der parallel gestreute delegitimierende Diskurs gegen Entwicklungszusammenarbeit wirkt subtiler, aber nicht weniger mächtig. Obwohl die Vergabe öffentlicher Gelder an ein gut etabliertes Antrags- und Nachweissystem gebunden ist, werden in den letzten Jahren immer komplexere bürokratische Prozesse eingeführt, die insbesondere kleine Organisationen an ihre Belastungsgrenzen bringen.

Diese mehrgleisige Erosion setzt die globale Zivilgesellschaft unter massiven Druck. Es sind gefährliche ‚chilling effects' entstanden: Die Sorge, für Menschenrechtsverteidigung, Klimaschutz und feministische Arbeit angegriffen oder in der Gemeinnützigkeit gefährdet zu werden, führt zu Verunsicherung und einem enormen Rechtfertigungsdruck, der wichtige Ressourcen in zivilgesellschaftlichen Nichtregierungsorganisationen bindet.

DIE EROSION GLOBALER SOLIDARITÄT IST NICHT GESCHLECHTSNEUTRAL

Die Gleichzeitigkeit dieser Entwicklungen ist verheerend, denn die Erosion globaler Solidarität kollidiert mit einem historischen Höchststand des Bedarfs an Unterstützung: Die Zunahme bewaffneter Konflikte führt zu Eskalationsspiralen aus Gewalt, Vertreibung und Armut. Frauen und Mädchen sind überproportional gefährdet. Dass ausgerechnet jetzt laut UN Women weltweit die Mittel für Frauenrechtsarbeit und Schutzräume massiv gestrichen werden (wirtschaftliche Stärkung – 72 %, Frauenzentren – 62 %, Anlaufstellen bei geschlechtsspezifischer Gewalt – 61 %), ist ein fatales Versagen. Insbesondere Frauen in Kriegs- und Krisengebieten sind davon betroffen. Wenn 90 % der Frauenrechtsorganisationen Finanzierungslücken melden, ist klar: Diese Kürzungen sind nicht geschlechtsneutral.

2 Zivilgesellschaftliches Lagebild Antifeminismus 2025, hrsg. von Lola für Demokratie e.V. – für Geschlechtergerechtigkeit und den Abbau von Diskriminierung.

3 ODA projections for 2026 and the near-term: Implications for vulnerable countries and sectors, OECD Policy Brief 2026.

Wir sind, so UN Women, längst „über die Belastungsgrenze hinaus".[4]

Dabei spielen gerade in Kriegen und akuten Konfliktsituationen feministische und frauensolidarische Organisationen eine wichtige Rolle. In Krisen werden lokal verankerte Akteur*innen der Zivilgesellschaft aktiv, noch bevor internationale Hilfen greifen können. Sie kennen die Machtstrukturen und Barrieren für Frauen und marginalisierte Gruppen vor Ort und gehen gezielt auf die lokalen Bedarfe ein. Britta Wasserloos berichtet am Beispiel der Ukraine, wie feministische Zivilgesellschaft in Kriegszeiten wirkt und gerade jene marginalisierte Gruppen adressiert, die von Shrinking Space besonders stark betroffen sind (S. 23). Die Amica-Partnerorganisation Bana Group aus dem Sudan ist eine transnationale bis ins Exil vernetzte feministische Organisation, die im Nachbarland Ägypten derzeit Unterstützungsstrukturen für geflüchtete Frauen aus dem Sudan aufbaut. Sie nutzen die lokale, auf Vertrauen und Solidarität gestützte Vernetzung von Frauen, um niedrigschwellig diejenigen zu erreichen, für die es sonst keine Anlaufstellen gibt. Ihre Strategien und Forderungen finden sich auf S. 26. Um das solidarische Potenzial feministischer Zivilgesellschaft geht es auch in Yasar Alameens Artikel über Frauenrechtsarbeit im Closed Context von Libyen. Unter Einsatz der eigenen Sicherheit werden dort Frauen und Mädchen unterstützt und Räume der Solidarität gegen große Widerstände verteidigt (S. 28).

FRAUEN UND FREUND*INNENSCHAFT ALS TREIBENDE GEGENKRAFT

Dass Frauen und queere Menschen und ihre Interessen von Shrinking Space besonders betroffen sind, ist kein Zufall, sondern Ausdruck der Wehrhaftigkeit patriarchaler Strukturen. Während toxische Staatsoberhäupter mit einer beispiellosen Verantwortungslosigkeit gegenüber den aktuellen globalen Krisen auffallen, stehen und standen Frauen weltweit an der Spitze von Demokratiebewegungen und gesellschaftlichen Wandlungsprozessen, die sich gegen Repression wehren. Neu ist, dass es nicht gelingt, ihren Protest unter der Decke zu halten. Die Journalistin Shila Behjat beschreibt dies in ihrem Buch „Frauen und Revolution" als eine „treibende Gegenkraft" der Frauen, die sich „*gleichzeitig* in verschiedenen, weit voneinander entfernten Ländern und Gesellschaften rund um den Globus"[5] formiert. Die Philosophin und Aktivistin Olga Shparaga spricht über die Proteste gegen das diktatorische Regime in Belarus von einer „Revolution mit weiblichem Gesicht". In ihrem Beitrag (S. 20) zeigt sie, dass der Widerstand der Frauen von Fürsorgebeziehungen, Empathie und Gemeinschaft getragen ist. In diesen weiblichen Freund*innenschaften liegt der Gegenentwurf zu Gewalt und Repression. Die feministischen Sozialwissenschaftlerinnen María do Mar Castro Varela und Bahar Oghalai sprechen von „Freund*innenschaft" – nicht nur als private, sondern auch als politische Beziehung, die als transformative Kraft und Grundlage für widerständige und transnationale Bündnisse dienen kann.[6] Diese Verbindungen öffnen Räume, ermöglichen Handlungsfähigkeit und erkämpfen Freiheiten. Es ist daher nicht nur ein Kampf gegen Shrinking Space, sondern zugleich der Kampf für eine feministische Vision von Frieden und Gerechtigkeit. Denn Resignation ist keine Option.

CIVICUS MONITOR

Der CIVICUS Monitor ist ein internationales Beobachtungsinstrument, das die Lage der Zivilgesellschaft und der Grundfreiheiten in fast allen Ländern der Welt bewertet. Er untersucht insbesondere, wie gut die Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit geschützt werden. Dafür werden Daten und Berichte unabhängiger zivilgesellschaftlicher Organisationen ausgewertet und die Staaten in fünf Kategorien eingestuft: offen – beeinträchtigt – beschränkt – unterdrückt – geschlossen.

Der Atlas der Zivilgesellschaft von Brot für die Welt beschreibt auf Grundlage der Daten des CIVICUS Monitors die weltweite Entwicklung zivilgesellschaftlicher Handlungsräume.

Mehr Infos zum Atlas der Zivilgesellschaft 2026

4 Beyond the Breaking Point: The Continuing Impact of Funding Cuts on Women's Organizations in Humanitarian Settings, hrsg. von UN Women, Geneva, July 2026.

5 Behjat, Shila: Frauen und Revolution, Hanser Verlag, 2025, S. 14 – 15.

6 Oghalai, Bahar/Castro Varela, María do Mar: Freund*innenschaft. Dreiklang einer politischen Praxis, unrast Verlag, 2026.

Teil 1

Perspektiven zur Lage feministischer Zivilgesellschaft in Deutschland

Wir lassen uns nicht spalten

Zivilgesellschaft als Akteurin politischer Willensbildung

Die Allianz „Rechtssicherheit für politische Willensbildung“ ist ein zivilgesellschaftliches Bündnis, das sich für die Absicherung politischen zivilgesellschaftlichen Engagements einsetzt. Die Allianz hat 240 Mitglieder und verbindet große, international tätige Organisationen wie Greenpeace und Amnesty Deutschland mit kleinen, regionalen Vereinen. Gegründet 2015 angesichts des Entzugs der Gemeinnützigkeit des Vereins Attac, ist es die Aufgabe des Bündnisses, die Mitgliedsorganisationen fortzubilden, miteinander zu vernetzen und politisch zu vertreten. Mit Bildungsangeboten und Vorträgen informiert die Allianz rund um das Thema Shrinking Space. Wir haben mit den Geschäftsführerinnen Dr. Marie Wachinger und Stephanie Handtmann gesprochen.

INTERVIEW

Der aktuelle politische Diskurs hinterlässt den Eindruck, Zivilgesellschaft dürfe eigentlich gar nicht politisch sein. Wie beurteilt ihr das?

Stephanie Handtmann
Dieser Diskurs begann mit dem Entzug der Gemeinnützigkeit von Attac und dem Rechtsstreit darüber, wie politisch ein gemeinnütziger Verein sein darf. Mit dem berühmten Attac-Urteil des Bundesfinanzhofs von 2019 wurden die Satzungszwecke Förderung des demokratischen Staatswesens und der Volksbildung so eingeengt, dass sich politische Aktivitäten, wie z. B. Attac sie macht, nicht mehr darunter subsumieren lassen.

Politisches Handeln zivilgesellschaftlicher Organisationen ist in Deutschland rechtlich relativ schlecht abgesichert. Es gibt hierfür keine Rahmengesetzgebung, kein Demokratiegesetz. Das ist ein riesiges demokratiepolitisches Problem. Es gibt das Konzept der Gemeinnützigkeit, das Vereine, die „selbstlos“ für das Gemeinwohl arbeiten, steuerlich besserstellt. Was das bedeutet, ist in der sogenannten Abgabenordnung festgeschrieben. Deren Grundlagen gehen bis in die Kaiserzeit zurück und enthalten ein wildes Sammelsurium an gemeinnützigen Zwecken, das über Jahrzehnte historisch gewachsen ist. Wichtige Zwecke wie die Förderung der Menschenrechte oder sozialer Gerechtigkeit fehlen darin allerdings. Weil die Gemeinnützigkeit im Steuerrecht verankert ist, beurteilen immer Finanzbeamt*innen, ob die Vereinsaktivitäten mit den Satzungswecken übereinstimmen. Damit entscheiden sie über diesen existenziellen Status, obwohl sie für solche Beurteilungen nicht ausgebildet und häufig selbst verunsichert sind. All das zeigt: Unser Gemeinnützigkeitsrecht wird den heutigen Aufgaben der Zivilgesellschaft überhaupt nicht gerecht. Eine Modernisierung ist aus unserer Sicht zwingend notwendig. Seit der Gründung der Allianz Rechtssicherheit setzen wir uns dafür ein, und trotz vieler Lippenbekenntnisse gibt es seitdem keine substanzielle Verbesserung – anscheinend fehlt da der politische Wille. Genauso lange sehen wir die Tendenz, die Gestaltungsmacht und den Einfluss auf die politische Willensbildung durch Organisationen massiv einzudämmen. Mit ihrer Kleinen Anfrage ist die Unionsfraktion auf diesen Zug aufgesprungen.

Du sprichst von der parlamentarischen Kleinen Anfrage der Unionsfraktion im Februar 2025. Sie beinhaltete 551 Fragen an die Bundesregierung zur Finanzierung und zur „politischen Neutralität" zivilgesellschaftlicher Organisationen. Warum ist sie ein Schlüsselmoment für die demokratische Zivilgesellschaft?

Marie Wachinger
Unserer Einschätzung nach war diese Kleine Anfrage ein Dammbruch. Sie bedient ein rechtsautoritäres Narrativ um den Begriff der politischen Neutralität herum, das seit vielen Jahren gestreut wird. Dieses Phänomen betrifft nicht nur die Zivilgesellschaft, sondern auch Schulen und Universitäten. Es geht dabei um eine Diskursverschiebung. Die Kleine Anfrage der Unionsfraktion nutzt genau diesen Neutralitätsbegriff und weist im Übrigen auf absolut krude Verschwörungsmythen hin wie z. B. das Deep-State-Narrativ, in dem behauptet wird, Zivilgesellschaft sei obskur, mächtig und finanzstark. Ich denke, dass diese 551 Fragen eine Schleuse geöffnet haben. Seitdem wird das gesamte politische Feld mit diesem falschen Neutralitätsbegriff geflutet. Das sorgt für massive Verunsicherung und führt zu sogenannten „chilling effects", wie z. B. vorauseilender Selbstzensur oder Nicht-Äußerung im öffentlichen Raum – gerade bei kleinen Vereinen, die sich rechtlich nicht gut auskennen.

Die Anfrage führte aber auch dazu, dass sich Zivilgesellschaft seitdem besser vernetzt, stärker strategisch denkt und daran arbeitet, diesem Narrativ von Neutralität und den Verschwörungstheorien entgegenzuwirken.

Ganz konkret: Muss Zivilgesellschaft neutral sein oder andersrum, wie politisch darf Zivilgesellschaft sein?

Marie Wachinger
Zivilgesellschaft *muss* auf gar keinen Fall neutral sein und *soll* auch nicht neutral sein. Rechtlich geregelt ist, dass zivilgesellschaftliche Organisationen nicht für eine bestimmte politische Partei zur Wahl aufrufen oder Wahlkampf für sie machen dürfen. Aber es wäre wirklich absurd zu sagen, dass Zivilgesellschaft neutral sein soll, denn die Anliegen von zivilgesellschaftlichen Organisationen können gar nicht neutral sein. Jede Organisation hat ihre spezifischen Satzungszwecke und steht für bestimmte Themen. Abgesehen davon hat die Zivilgesellschaft absolut elementare demokratische Funktionen wie die Wächterinnenfunktion über Regierungshandeln, demokratische Kontrolle und die Repräsentation von marginalisierten Stimmen. Diese Funktionen sind durch Grundrechte wie Meinungs- und Versammlungsfreiheit gedeckt, die im Grundgesetz stehen und nicht nur für Einzelpersonen, sondern auch für zivilgesellschaftliche Organisationen gelten.

Stephanie Handtmann
Im Grundgesetz steht auch, dass die Parteien bei der politischen Willensbildung MIT-wirken. Das bedeutet inhärent, dass sie sie nicht alleine betreiben, auch wenn das von Parteien oft missverstanden zu werden scheint. Mit der Aussage, sie seien alleine für die politische Willensbildung da, unterschlagen sie die mitwirkende Rolle der Zivilgesellschaft und versuchen, sie an den Rand zu drängen.

Zivilgesellschaft wird im derzeitigen Diskurs vor allem als „links" oder „grün" enggeführt und daraufhin diskreditiert. Aber es gibt ja auch zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen aus dem konservativen oder rechten Spektrum. Sind sie auch von diesen Entwicklungen betroffen?

Marie Wachinger
Wir erleben das Framing, Zivilgesellschaft sei links, als einen Spaltungsversuch, der jeglicher Grundlage entbehrt. Erstens gibt es linke oder progressive zivilgesellschaftliche Organisationen genauso wie konservative und rechte, zweitens gibt es auch ganz viele Organisationen, die sich weder im einen noch im anderen Spektrum verorten. Das ist aus unserer Sicht ein Versuch der Vereinnahmung, indem man z. B. behauptet, Menschenrechte seien ein „linkes" Anliegen. Diesen Spaltungsversuchen stehen wir entschieden entgegen. Natürlich gibt es Organisationen, die konservative Anliegen vertreten, und das ist auch richtig so. Auch sie haben einen festen Platz in der Zivilgesellschaft. Und genauso klar ist, dass sich gemeinnützige Organisationen nicht gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung richten dürfen.

Stephanie Handtmann
Bezeichnenderweise richten sich die Attacken gegen die Zivilgesellschaft auch nicht gegen konservative und rechte Organisationen. Man hört keine Neutralitätsforderungen aus den rechtsextremen oder bürgerlichen Lagern, wenn sich z. B. die Gesellschaft für deutsche Sprache gegen den sogenannten „Gender-Irrsinn" wendet oder der Verein Republik21 die Abschaffung von Klimaschutzmaßnahmen fordert. Die aktuellen Angriffe richten sich gegen progressive Themen.

Wie gefährdet ist die Zivilgesellschaft in Deutschland aus Eurer Sicht?

Marie Wachinger
Deutschland wurde im Civicus Monitor 2025 erneut herabgestuft und ist nun auf einer Stufe mit Ländern wie Ungarn – darin gibt es zwar noch eine gewisse Bandbreite, aber es sollte uns trotzdem zu denken geben. Im Monitoring wird u. a. die fehlende Rechtssicherheit für politisches zivilgesellschaftliches Engagement moniert, außerdem die Kriminalisierung von Klimaprotesten und Polizeigewalt auf Demonstrationen.

In der Praxis erleben wir eine große Verunsicherung bei vielen Organisationen und Vereinen: Es hat sich zum Beispiel ein Blasmusikverein bei uns gemeldet, weil innerhalb des Vereins große Unsicherheit darüber bestand, ob er im Rahmen eines Straßenfestes für Diversität auftreten darf. Dazu kommt, dass sich Vereine aufgrund der vielen Rückfragen, Verwaltungsanforderungen und aus Sorge um Delegitimierung informieren und fortbilden müssen. All das bindet wahnsinnig viele Ressourcen und hält die Aktiven von ihrer eigentlichen Arbeit und der Umsetzung ihrer Satzungszwecke ab, die dem Gemeinwohl dienen.

Inzwischen sind hunderte Organisationen von Kleinen Anfragen sowohl auf Bundes-, als auch auf Landesebene betroffen.
Die Anfragen beinhalten oft sehr kleinteilige Fragen, die sich auf Sachverhalte beziehen, die öffentlich einsehbar wären. Trotzdem müssen die Organisationen selbst zur Beantwortung beitragen.

Und dann es gibt noch das rechtlich absolut umstrittene Haber-Verfahren.

Was ist das Haber-Verfahren?

Marie Wachinger
Das Haber-Verfahren erlaubt, dass Ministerien beim Bundesamt für Verfassungsschutz nachfragen können, ob Personen oder Organisationen in irgendeiner Form in Verfassungsschutzberichten oder in sonstiger Arbeit des Verfassungsschutzes auftauchen. Das Bundesamt beantwortet diese Fragen nur mit ja oder nein – ohne Hinweise darauf, wie diese Nennungen aussehen. Die Personen oder Organisationen erfahren von diesen Anfragen nichts und können sich daher weder erklären noch wehren. Dieses Verfahren soll in der neuen Förderperiode des Programms „Demokratie leben!“ weiter ausgeweitet werden.

Die Allianz fordert seit Jahren die Umkehr der Beweislast, dass also nicht ein Verein beweisen muss, verfassungskonform zu sein, sondern dass der Verfassungsschutz Vorwürfe der Verfassungsfeindlichkeit belegen muss.

Ihr sprecht in Bezug auf diese Einschüchterungen von einem rechtsautoritären Playbook gegen die Zivilgesellschaft. Was meint Ihr damit?

Marie Wachinger
Das rechtsautoritäre Playbook umfasst vier „Ds“, die systematisch angewendet werden: Desinformation, Delegitimierung, Diffamierung und Defunding (Entzug finanzieller Ressourcen). Mit diesen Strategien werden nicht nur in Deutschland, sondern in vielen Ländern wie z. B. Russland, Ungarn oder den USA seit Jahren zivilgesellschaftliche Organisationen unter Druck gesetzt. Das funktioniert wie nach Lehrbuch – daher der Begriff „Playbook“.

Stephanie Handtmann
Ich möchte noch einmal hervorheben, dass es beim rechtsautoritären Playbook um ein ganzes Set von Strategien geht, die das Ziel haben, demokratische Strukturen von innen heraus auszuhöhlen.
Es ist ein abgestimmtes Vorgehen, das in unterschiedlicher Ausprägung international an ganz vielen Stellen stattfindet. Die Akteur*innen lernen voneinander und sind eng miteinander vernetzt. Das sind nicht nur politische Parteien, sondern auch privat finanzierte ideologische Thinktanks und Strategiezentren. In Deutschland gehört z. B. das Magazin „compact“ dazu oder die Antaios-Verlagsgruppe. Und auch rechtspopulistische Medienportale wie Nius, die von extrem Reichen finanziert werden, was vollkommen undemokratisch ist, weil Milliardäre sich so Reichweite und Einfluss kaufen können.

Es geht also nicht nur um die AfD, sondern um ein ganzes Feld, das global daran arbeitet, eine offene und pluralistische Gesellschaft auszuhebeln. Es ist erschreckend, wie gut das funktioniert und verfängt. Es ist höchste Zeit, dass die Zivilgesellschaft – und auch die Politik – dem etwas entgegensetzen.

Gibt es Bereiche zivilgesellschaftlichen Engagements, die aktuell besonders gefährdet sind?

Marie Wachinger
Ja, auf jeden Fall. Alle, die sich mit Klima- und Umweltschutz befassen, aber auch Organisationen, die sich antirassistisch engagieren oder zu Themen arbeiten, die mit Migration oder Einwanderungsgesellschaft zu tun haben. Das spiegelt wider, was auf rechtsautoritärer und rechtsextremer Seite politisch gefordert wird. Es wird ein ideologischer Kampf gegen bestimmte soziale Bewegungen geführt. Gleiches gilt für Organisationen, die sich mit Geschlechtergerechtigkeit befassen oder für Transrechte einstehen. Die CSDs sind ein prominentes Beispiel dafür. Auch Räume der Soziokultur werden massiv ideologisch aufgeladen und angegangen.

Was können konkrete Strategien für Zivilgesellschaft in Zeiten dieser Shrinking Spaces sein?

Stephanie Handtmann
Wir dürfen uns nicht ins Bockshorn jagen lassen. Es ist wichtig, sich zum Thema Neutralitätsgebot schlau zu machen. Im Falle eines Vorwurfs ist es unerlässlich zu wissen, dass das Neutralitätsgebot missbräuchlich angewendet wird und zivilgesellschaftliche Organisationen nicht betrifft.

Auch vorauseilender Gehorsam kann kontraproduktiv sein. Es muss sehr viel passieren, bis die Gemeinnützigkeit tatsächlich aberkannt wird. Es gibt nach wie vor ein gut funktionierendes Rechtssystem und Möglichkeiten, sich zu wehren. Die meisten Vereine sind satzungsmäßig gut aufgestellt, da sie ihre Tätigkeiten mit den Satzungszwecken aus der Abgabenordnung abbilden können.

Das Wichtigste ist aber, sich nicht in Gut und Böse spalten zu lassen, sondern solidarisch zueinander zu stehen und sich lokal zu vernetzen. Es ist unwahrscheinlich wertvoll, auf Vereine und Organisationen aus anderen Sektoren zuzugehen. Oft finden sich Berührungspunkte, z. B. der Diskurs darüber, was man nun sagen oder schreiben darf. Das wirkt auch in Sportvereine, die Feuerwehr, den Musik- und den Gesangsverein hinein.

Es ist außerdem sehr wirksam, sich an Politiker*innen und Bundestagsabgeordnete zu wenden und lokal in den Wahlkreisbüros der Abgeordneten Druck auszuüben. Gerade für kleine Organisationen gilt: Keine Angst vor dem Lobbyregister. Eine Eintragung muss erst bei über 30 Kontakten in einem Quartal mit Bundesregierung und Bundestag erfolgen.

Marie Wachinger
Gleichzeitig macht es absolut Sinn, sich überregional zu vernetzen – zum Beispiel durch eine Mitgliedschaft in der Allianz „Rechtssicherheit für politische Willensbildung". Die Mitgliedschaft ist sehr niedrigschwellig und auch mit kleinem Budget möglich. Wir wissen alle nicht, was in Zukunft passiert. Es kann noch deutlich ungemütlicher werden. Wir können uns nur gemeinsam gegen Einschüchterungsversuche wehren.

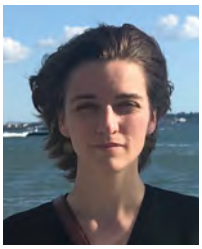
Das Interview führten Cornelia Grothe und Hannah Riede, Amica e.V.

DIE GESPRÄCHSPARTNER*INNEN



Stephanie Handtmann ist geschäftsführende Vorständin bei der Allianz „Rechtssicherheit für politische Willensbildung". Sie hat bei Greenpeace und Foodwatch gearbeitet und war zuvor als Geschäftsführerin bei Attac Deutschland zuständig für Kampagnen, Projekte und Vernetzung. Dort führte sie auch die juristische und politische Auseinandersetzung um die Attac-Gemeinnützigkeit.

© Privat



Dr. Marie Wachinger ist geschaftsführende Vorständin der Allianz „Rechtssicherheit für politische Willensbildung". Sie hat an der Freien Universität Berlin in politischer Theorie über den Begriff der Solidarität promoviert. Sie war wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Freien Universität Berlin und der Hertie School, und zuletzt als Geschäftsführerin eines Vereins tätig, der sich mit dem Thema Globales Lernen befasste.

© Privat

Shrinking Spaces und öffentliche Finanzierung

Wachsende Hürden für die feministische Zivilgesellschaft

Ohne die Arbeit der feministischen und gleichstellungsorientierten Zivilgesellschaft wären weltweit viele Errungenschaften im Bereich der Rechte von Frauen, Mädchen und LGBTIQ+ nicht möglich gewesen. Gleichzeitig gelten ihre Akteur*innen als chronisch unterfinanziert und sie sind mit zunehmenden Finanzausfällen konfrontiert, die ihre Arbeit massiv gefährden.

Das Konzept des „Shrinking Civic Space" erlaubt die politische Dimension dieser Entwicklungen zu verstehen: Auch in demokratischen Systemen nehmen Restriktionen des Handlungsspielraums der Zivilgesellschaft zu. In Bezug auf die feministische Zivilgesellschaft zeichnen sich dabei gefährliche, sich verstärkende Entwicklungen auf globaler Ebene ab: Von Kürzungen der Regierungsbudgets, über die Verlagerung der Prioritäten von Förder*innen, bis hin zum wachsenden Einfluss rechtsautoritärer politischer Kräfte und Anti-Gender-Bewegungen.[1]

GLOBALE TRENDS IN DER ÖFFENTLICHEN FÖRDERUNG

Die Finanzierung ist eine zentrale Bedingung für eine unabhängige und wirksame feministische Organisierung. Die öffentliche Förderung spielt dabei etwa in der Entwicklungszusammenarbeit und Gewaltprävention eine Schlüsselrolle. In den letzten Jahren erschwerten neben Mittelkürzungen und -streichungen politische Maßnahmen, bürokratische Hürden und neue Gesetze die Finanzierung und Arbeit der feministischen Zivilgesellschaft.

Politische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen befördern diese Tendenzen in vielen westlichen Demokratien. Angetrieben von einer verbreiteten Austeritätspolitik verschieben nationale und globale Krisen die staatlichen Investitionsprioritäten von Themen wie Gleichstellung hin zur Sicherheits- und Wirtschaftspolitik. Gleichzeitig werden feministische Akteur*innen und Ziele diffamiert und behindert – besonders durch konservative und rechtsautoritäre Kräfte wie in den USA. Zudem verschärft die wachsende politische Polarisierung, in der auch die Demokratie zum umstrittenen Paradigma wird, die Debatte über die Rolle und öffentliche Finanzierung der Zivilgesellschaft.[2] Die öffentliche Förderung wird dadurch nicht nur knapper, sondern auch stärker an politische Agenden gebunden; sie wird „politisiert".[3] Mittel werden nicht mehr primär nach fachlichen oder technischen Kriterien, sondern nach politischen Präferenzen verteilt bzw. zurückgezogen.

POLITISIERUNG DER ÖFFENTLICHEN FÖRDERUNG IN DEUTSCHLAND

In Deutschland zeigen aktuelle Entwicklungen deutlich, wie sich die Förderung und der Diskurs in Bezug auf die Zivilgesellschaft wandeln können. Die öffentliche Förderung scheint häufiger von politischen Mehrheiten und „Moden" beeinflusst zu sein und wird damit volatiler und unsicherer. Gleichzeitig ist der öffentliche Diskurs polarisiert; gezielte Delegitimierungen der Zivilgesellschaft nehmen zu.[4] Dabei ist ein Muster zu erkennen: Über das Säen von Zweifeln und Vorwürfen gegenüber

1 Alliance for Feminist Movements: Global Projected Losses to Women's Rights, 2025, https://allianceforfeministmovements.org/

2 Hummel, Siri: Germany's Contested Civil Society in a Time of Politization. In: Nonprofit Policy Forum 13 (3), 2022, S. 195.

3 Civic Space Report 2025. European Civic Forum, hrsg. von Narsee, Aarti, & Willamo, Kerttu, 2025, S. 25, https://civic-forum.eu/.

4 Büttner, Finn/Hummel, Siri/Nicke, Sascha: Der Anti-NGO-Diskurs: Kleine Anfragen – Große Wirkung? Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft, 2016.

einzelnen Organisationen wird letztlich deren staatliche Förderung oder Gemeinnützigkeit in Frage gestellt.[5] Ähnlich verhält es sich für Förderprogramme wie „Demokratie Leben!".

Neben der öffentlichen Förderung wird in Deutschland auch der Gemeinnützigkeitsstatus immer stärker politisiert. Im Kern geht es dabei um die rechtlich ungeklärte Frage, wie weit politische Betätigung mit steuerlicher Gemeinnützigkeit vereinbar ist. Entsprechende Kleine Anfragen oder kritische Hinweise an die zuständigen Finanzämter verunsichern zivilgesellschaftliche Organisationen. Zugleich wird eine Vorverurteilung und Delegitimierung politisch engagierter Organisationen befördert.

Diese Entwicklungen beeinflussen auch die feministische Zivilgesellschaft massiv, wie Beispiele auf Bundesebene zeigen:

- Der aktuelle Koalitionsvertrag von SPD und Union berücksichtigt die Bereiche Gewaltschutz und Gleichstellung „um die Hälfte weniger" als ihre Vorgängerregierung.[6] Dies kann als Ausdruck der politischen Prioritäten interpretiert werden und kommt einer Entwertung gleich.

- Kritische Kleine Anfragen zu Organisationen und einzelnen Förderprogrammen nehmen zu. So führten etwa die „551 Fragen" der Union 2025 zu einer angeheizten Debatte um die Finanzierung, politische Neutralität und Einflussnahme der Zivilgesellschaft und Organisationen wie den Omas gegen Rechts.

- 2026 wurde unter Karin Prien (CDU) das Förderprogramm „Demokratie Leben!" grundlegend umstrukturiert, nachdem Politiker*innen der Union und AfD dieses wiederholt kritisierten. Rund 200 geförderte Projekte laufen bis Jahresende aus und müssen erneut eingegeben werden. Davon betroffen sind auch feministische Organisationen wie ADEFRA e.V. und die Frauenhauskoordinierung e.V. Solche Änderungen in laufenden Projekten sind ein politisches Novum und stellen die Betroffenen vor große finanzielle Herausforderungen.

- Auch der rückwirkende Entzug einer vorläufigen Förderzusage der Bundeszentrale für politische Bildung an die Organisation Radikale Töchter gUG (mit bewilligtem vorzeitigen Maßnahmenbeginn) durch das Innenministerium deutet auf eine politische Instrumentalisierung von Förderungen hin. Beobachter*innen vermuten dahinter eine Reaktion der Union auf die Petition zu den „Stadtbild-Aussagen" von Kanzler Merz, die von einer der Gründer*innen gestartet wurde.

Die feministische Zivilgesellschaft wird angesichts der Zunahme von rechtsextremer und patriarchaler Tendenzen dringender denn je gebraucht. Daher ist es wichtig, dass der politische Diskurs wieder sachlicher geführt wird und sich Organisationen auf öffentliche Förderzusagen verlassen können. Ferner sollten sich die Betroffenen, die Zivilgesellschaft insgesamt und private Geber*innen zusammenschließen, um auf die Entwicklungen umfassend zu reagieren. Die Gründung feministischer Fonds, transnationaler Netzwerke und Konferenzen wie „Funding for Feminist Futures" weisen dabei in die richtige Richtung.

AUTOR*INNENINFORMATIONEN



Laura Pfirter ist unabhängige Forscherin und Beraterin am Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft. Sie hat an der Humboldt Universität zu Berlin Sozialwissenschaften studiert und forscht zur Zivilgesellschaft in Deutschland und der Schweiz. Sie arbeitete als Fundraiserin und Kommunikationsverantwortliche bei mehreren NGOs.

© Tim Lüddemann

Neue Studie des Maecenata Instituts · 2026

Nachgezählt: Die Finanzierung feministischer und gleichstellungsorientierter Zivilgesellschaft

Mehr erfahren:

5 Jakubowski, Matthias/Bazğan, Melek: Bundesregierung schwächt Demokratiearbeit, 26. März 2026, https://fragdenstaat.de/.

6 Frauenhauskoordinierung. Pressemitteilung: FHK kritisiert Koalitionsvertrag. Frauenhauskoordinierung, 10. April 2025. https://www.frauenhauskoordinierung.de/

Geschlechterrolle rückwärts

Antifeministische und queerfeindliche Angriffe auf die Zivilgesellschaft

Im Frühjahr 2026 teilte das Bundesinnenministerium dem von der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) geförderten Projekt „Radikale Töchter“ mit, dass die bereits bewilligte Förderung zurückgezogen werde. Die BpB und viele zivilgesellschaftliche Akteur*innen zeigten sich darüber empört. Viele vermuten, dass der Grund für die Zurückhaltung der Förderung darin liegt, dass Cesy Leonard, die Gründerin des Vereins „Radikale Töchter“, im Oktober 2025 im Rahmen der sogenannten Stadtbild-Debatte öffentlich gegen die rassistische Vereinnahmung patriarchaler Gewalt durch Friedrich Merz protestiert hatte.

Dies ist nur ein Beispiel dafür, wie die aktuelle Bundesregierung mit kritischer Zivilgesellschaft umgeht. Bundesfamilienministerin Karin Prien, unter deren Leitung das Förderprogramm „Demokratie leben“ läuft, plant, das erst 2025 neu aufgesetzte Programm bis Ende 2026 radikal umzugestalten. Anstatt auf die Expertise von Menschen zurückzugreifen, die sich über Jahre hinweg im Bereich der Antidiskriminierungs- und Demokratiearbeit etabliert haben, soll diese wichtige gesellschaftliche Arbeit in Zukunft zu großen Teilen von Schulen, Feuerwehren und Sportvereinen selbst geleistet werden. Bisher haben diese dankbar die meist kostenfreien Angebote professioneller Institutionen genutzt, da ihnen oft sowohl die Kapazität als auch die Expertise fehlen. Auch der Bereich der geschlechter- und queersensiblen Bildungsarbeit muss nun mit massiven Kürzungen rechnen. Prien begründet dies damit, dass sie „allergisch gegen Identitätspolitik“ sei. Unabhängig davon, ob ein solcher Kommentar einer Bundesministerin würdig ist, wird deutlich, dass Prien diese vermeintliche Identitätspolitik nur bei marginalisierten Gruppen und Minderheiten erkennt. Dass die Absicherung und Besserstellung heterosexueller Paare und Familien ebenfalls Identitätspolitik darstellt, erkennt sie nicht.



© Amica e.V.

Seit mehreren Jahren ist es der Wunschtraum und politische Plan der AfD, die kritische Zivilgesellschaft massiv einzuschränken. Dies scheint nun zu gelingen, obwohl die extrem rechte Partei nicht in der Regierung ist. Es wirkt, als würden aus Sorge vor weiteren Wahlerfolgen der AfD deren Politikstil und Inhalte bereits übernommen und somit der Politik der AfD vorgegriffen. Die antifeministischen und queerfeindlichen Entwicklungen auf struktureller und förderpolitischer Ebene werden zudem von rechten Akteur*innen auf der Straße flankiert: Während sich die Bundestagspräsidentin Julia Klöckner (CDU) wiederholt gegen das Hissen der Regenbogenfahne am Reichstag zum Christopher Street Day (CSD) ausspricht, mobilisieren Neonazis gegen CSDs.[1] Laut einer Analyse des Autor*innenkollektivs Feministische Intervention (AK Fe.In) der letztjährigen Pride Season kam es bei mehr als jedem zweiten CSD im Jahr 2025 zu Störungen, Anfeindungen oder Gegenaktionen. Angesichts solcher

1 Dieser Text entstand vor dem islamistischen Anschlag am 25.07.2026 am Rande des CSDs Berlin, bei dem eine Person getötet und zahlreiche Menschen verletzt wurden.

Zahlen und einer spürbar zunehmenden queerfeindlichen Stimmung im Land machen sich Mitglieder der queeren Community Sorgen. Sie fragen sich: Können sie noch sicher zu queeren Veranstaltungen an- und abreisen? Haben sie die Kapazitäten, möglichen Pöbeleien am Straßenrand zu begegnen, die mit hoher Wahrscheinlichkeit stattfinden werden? Die Veranstalter*innen der CSDs sehen sich unterdessen vor allem mit den Fragen konfrontiert, wie sie die Sicherheit der Teilnehmenden gewährleisten und die durch die Zunahme von Bedrohungen entstehenden Mehrkosten für Sicherheit decken können. Von den Anfeindungen sind nicht nur CSDs betroffen. Auch feministische Veranstaltungen, beispielsweise Demonstrationen und Kundgebungen zum 8. März, sehen sich zunehmend Attacken und Pöbeleien am Straßenrand ausgesetzt.

Da all diese Anfeindungen das Ziel verfolgen, Frauen und/oder queere Menschen aus der Öffentlichkeit zu verdrängen und ihre Sichtbarkeit einzuschränken, sind sie als antifeministisch zu bewerten. Die Analyse des AK Fe.In zu Bedrohungen von CSDs zeigt darüber hinaus, dass es nicht zwangsläufig einen Mob von Neonazis braucht, um queere Sichtbarkeit einzuschränken.



© Len Schmid

Es muss nicht einmal das Streichen von Geldern nötig sein. Es können auch die Verwaltungen sein, die es den CSD-Organisator*innen schwer machen. Den vielfältigen Angriffen auf zivilgesellschaftliche Organisationen gehen nicht selten Kampagnen rechter Medien voraus. Diese richten sich unter anderem gegen sexuelle Bildung, feministische Akteur*innen, Journalist*innen, Gleichstellungsarbeit sowie Forscher*innen, die zu feministischen Themen oder zur extremen Rechten forschen. Das kann dazu führen, dass sich diese Akteur*innen aus ihrem Tätigkeitsfeld und somit oft aus der Öffentlichkeit zurückziehen. Es braucht also nicht immer einen Mob von Neonazis, der mit seiner Präsenz am Rande von Veranstaltungen die Teilnehmenden oder Organisator*innen einschüchtert. Es sind vielmehr diese Kampagnen, die dazu führen, dass sich feministische Aktivist*innen aus Angst vor (weiteren) Shitstorms zurückziehen oder queere und feministische Organisationen aus Sorge vor Anfeindungen nicht mehr von Schulen für sexuelle Bildung eingeladen werden.

Die Delegitimierung durch latente, kontinuierliche, aber auch offene Angriffe aus dem konservativen wie rechtspopulistischen Spektrum führt zu einer höchst problematischen Verschiebung der öffentlichen Wahrnehmung zulasten von Frauenrechten und den Rechten der LGBTIQ+.

Der von der Regierung ausgeübte Druck – finanzieller, gesetzlicher ebenso wie diskursiver Natur – bewirkt, dass emanzipatorische Arbeit zunehmend unter Selbstzensur gerät und dadurch immer schwieriger wird. Dies ist ein bewährter Mechanismus zur Einschränkung der Zivilgesellschaft.

AUTOR*INNENINFORMATIONEN

Len Schmid, Sexualwissenschaftler*in, Expert*in und Fachjournalist*in zu den Themen Antifeminismus, Queerfeindlichkeit und extreme Rechte.

Dr.*in Rebekka Blum, Forscher*in, politische Bildner*in und Autor*in , aktuell an der Uni Marburg, Forschung zu Rechtsextremismus in der Wissenschaft, Promotion an der Uni Freiburg zu Antifeminismus in Westdeutschland zwischen 1945 und 1990.

Shrinking oder Closed Space?

Warum „Shrinking“ Space für migrantisch-feministische Organisationen zu kurz greift

Für viele migrantisch-feministische Organisationen waren demokratische und zivilgesellschaftliche Räume nie selbstverständlich offen. Während derzeit vielfach über Shrinking Spaces – also schrumpfende Handlungsspielräume der Zivilgesellschaft – diskutiert wird, greift dieser Begriff für ihre Erfahrungen zu kurz. Denn für sie geht es häufig nicht um den Verlust ehemals offener Räume, sondern um den fortdauernden Ausschluss von politischen Entscheidungsprozessen, Ressourcen und gesellschaftlicher Sichtbarkeit. Der Begriff Closed Spaces beschreibt diese Realität daher treffender. Er lenkt den Blick auf eine zentrale Frage: Wer hatte überhaupt jemals gleichberechtigten Zugang zu demokratischen Räumen – und wer muss bis heute um Mitsprache und Teilhabe kämpfen?

Mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 wurde der Anspruch formuliert, dass Freiheit, Gleichheit und Würde jedem Menschen gleichermaßen zustehen, und zwar unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Hautfarbe, Religion, Behinderung oder anderen Merkmalen. Doch eine emanzipatorische Gesellschaft und liberale Demokratie ist kein Zustand.
Sie ist das Ergebnis gesellschaftlicher Auseinandersetzungen und politischer Kämpfe. Die demokratische und menschenrechtliche Entwicklung vieler liberaler Demokratien nach dem Zweiten Weltkrieg ist daher untrennbar mit diesen Kämpfen und der schrittweisen Anerkennung universeller Menschenrechte verbunden.

Auch die liberale Demokratie hierzulande entwickelte sich nicht automatisch, sondern sie wurde insbesondere von denjenigen erkämpft und vertieft, deren Rechte systematisch eingeschränkt wurden.

Demokratische Rechte und gesellschaftliche Teilhabe wurden jedoch selten von Machthabenden oben gewährt – sie wurden von sozialen Bewegungen erkämpft, zum Beispiel von Frauenbewegungen, Schwarzen Bürgerrechtsbewegungen, der Behindertenrechtsbewegung, LGBTQI*-Bewegungen oder migrantischen Emanzipationskämpfen. Ihre Kämpfe richteten sich zwar gegen unterschiedliche Formen von Ausschluss, zielten aber auf dasselbe demokratische Versprechen: eine Gesellschaft, in der Menschenrechte tatsächlich für alle gelten. Sie haben deshalb nicht nur die Lebensrealitäten einzelner Gruppen verändert, sondern demokratische Institutionen und gesellschaftliche Machtverhältnisse insgesamt verschoben.

Auch in Deutschland wurde Demokratie nicht allein in Parlamenten gestaltet. Als 1973 überwiegend migrantische Arbeiterinnen beim Automobilzulieferer Pierburg gegen die diskriminierende Leichtlohngruppe streikten, kämpften sie nicht nur für bessere Arbeitsbedingungen. Sie machten deutlich, dass soziale Gerechtigkeit, Geschlechtergerechtigkeit und demokratische Teilhabe untrennbar miteinander verbunden sind. Heute gilt der Pierburg-Streik als Meilenstein migrantischer Arbeitskämpfe und feministischer Solidarität. In dieser demokratischen Tradition stehen auch heute migrantisch-feministische Organisationen. Sie schaffen Schutzräume für migrierte und geflüchtete Frauen, stärken politische Teilhabe, machen strukturelle Diskriminierung sichtbar und bringen Perspektiven in gesellschaftliche Debatten ein, die andernfalls ungehört blieben. Sie erleben z. B. immer wieder, dass Rassismus und geschlechtsspezifische Gewalt getrennt voneinander behandelt werden – obwohl sie sich im Alltag vieler Frauen überschneiden. Genau diese Zusammenhänge machen migrantisch-feministische Organisationen sichtbar.

MEHRFACHKÄMPFE IN GESCHLOSSENEN RÄUMEN

Migrantisch-feministische Organisationen erleben die Verengung zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume in besonderer Weise, da sie an den Schnittstellen von Antirassismus, Feminismus, Gewaltschutz und Demokratieförderung arbeiten. Gerade diese intersektionale Perspektive macht ihre Arbeit nicht nur unverzichtbar, sondern zugleich besonders angreifbar. Ihre Kämpfe machen deutlich, dass sich Rassismus, Sexismus und soziale Ungleichheit nicht getrennt voneinander bekämpfen lassen – eine Haltung, die sie jedoch häufig zwischen alle Fronten bringt. In migrationspolitischen Zusammenhängen gelten feministische Forderungen vielfach als nachrangig, während innerhalb hegemonialer bzw. mehrheitlich weiß geprägter Kontexte die Lebensrealitäten von Frauen mit Flucht- und Migrationserfahrung bis heute nur unzureichend berücksichtigt werden.

Solidarität endet häufig dort, wo Macht, Rechte, Ressourcen und Repräsentation tatsächlich geteilt werden müssten.

DER GESELLSCHAFTLICHE RECHTSRUCK VERSCHÄRFT DIESE ENTWICKLUNG ZUSÄTZLICH

Antifeministische, rassistische, fundamentalistische und autoritäre Narrative gewinnen an Einfluss, während rückwärtsgewandte Geschlechter- und Familienbilder zunehmend normalisiert werden. Gleichzeitig steigen rassistische und geschlechtsspezifische Gewalterfahrungen – insbesondere gegenüber Frauen, die bereits mehrfach diskriminiert werden und nur eingeschränkten Zugang zu Schutz, Beratung und politischer Interessenvertretung haben.

Shrinking Spaces beginnen deshalb nicht erst mit Mittelkürzungen oder Übergriffen. Sie beginnen dort, wo bestimmte Stimmen aus politischen Debatten, Bündnissen und Entscheidungsprozessen verdrängt werden.

Für migrantisch-feministische Organisationen bedeutet dies nicht nur den Verlust von Ressourcen und Räumen, sondern auch



© Dirk Skrzypczak, DaMigra Frauentags-Demo in Halle 2020

von Sichtbarkeit, Einfluss und demokratischer Teilhabe: Die mühsam geöffneten Räume beginnen sich wieder zu schließen. Aus Shrinking Spaces werden wieder Closed Spaces.

WIE WIR VON GLOBALEN EMANZIPATIONSKÄMPFEN LERNEN KÖNNEN

Viele Migrantinnen und geflüchtete Frauen kennen autoritäre Entwicklungen, Angriffe auf Frauenrechte oder die Einschränkung zivilgesellschaftlicher Freiräume nicht nur aus Analysen, sondern aus eigenen Lebensgeschichten und politischen Kämpfen.

Ob die Kämpfe Schwarzer Feministinnen gegen rassistische und patriarchale Gewalt in den USA, die feministischen Bewegungen Lateinamerikas gegen Femizide, die Kämpfe von LGBTQI*-Bewegungen weltweit oder die starke Frauenbewegung in der Türkei gegen die Beschneidung von Frauenrechten, fundamentalistische Kräfte und autoritäre Familienpolitik – sie alle zeigen, dass demokratische Erosion selten mit einem plötzlichen Umbruch beginnt. Sie beginnt schleichend: mit Angriffen auf Frauenrechte, der Delegitimierung zivilgesellschaftlicher Organisationen, der Normalisierung antifeministischer und rassistischer Narrative und dem schrittweisen Abbau demokratischer Freiräume.

Viele Begriffe, die heute selbstverständlich erscheinen, haben ihren Ursprung in den Kämpfen Schwarzer Feministinnen, migrantischer Frauen und feministischer Bewegungen weltweit. Intersektionalität, Femizid oder Machtkritik sind nicht im Seminarraum entstanden, sondern auf der Straße, in Selbstorganisationen und in politischen Auseinandersetzungen. Umso problematischer ist es, wenn diese Begriffe und Konzepte heute oft von ihrer Entstehungsgeschichte gelöst oder verwässert werden und auf Schlagworte oder „Diversity-Rhetorik" reduziert werden.

Auch Arbeitsmigration war immer ein Austausch von Erfahrungen und politischen Ideen. Frauen aus der Türkei, Südkorea, dem ehemaligen Jugoslawien, Griechenland, Italien, Portugal, Marokko und vielen anderen Ländern kamen nicht nur als Arbeitskräfte nach Deutschland. Sie brachten Erfahrungen aus gewerkschaftlichen Kämpfen und politischen Bewegungen mit – und entwickelten sie hier gemeinsam weiter. Sie kämpften gegen schlechte Arbeitsbedingungen, Lohndiskriminierung, Rassismus und die besondere Ausbeutung migrantischer Arbeiterinnen. Davon profitierten nicht nur sie selbst. Ihre Kämpfe stärkten Gewerkschaften, feministische Bewegungen und die Demokratie in Deutschland.

An diese Geschichte knüpfen migrantisch-feministische Organisationen heute an. Sie bringen Erfahrungen aus globalen feministischen Kämpfen in gesellschaftliche Debatten ein und erinnern daran, dass Begriffe wie Intersektionalität oder Femizid nicht zufällig entstanden sind. Hinter ihnen stehen politische Kämpfe gegen Gewalt, Rassismus und Ungleichheit. Migration bringt nicht nur Menschen in Bewegung. Mit ihr kommen Erfahrungen, Wissen und Strategien, wie demokratische Rechte verteidigt werden können.

Gerade deshalb sind migrantisch-feministische Organisationen nicht nur von demokratischen Rückschritten betroffen. Sie gehören zu denjenigen, die demokratische Räume offenhalten, erweitern und immer wieder neu erkämpfen.

AUTOR*INNENINFORMATIONEN



Dr. Delal Atmaca ist Geschäftsführerin und Mitbegründerin des Dachverbandes der Migrantinnenorganisationen (DaMigra e.V.). Nach dem Studium der Rechtswissenschaften und Kooperationsökonomik, folgte die Promotion in Volkswirtschaftslehre. Sie ist Expertin in den Themenbereichen Genossenschaften, Kooperation, Diversity, Migration, Gender und Frauenrechte. Der Dachverband der Migrantinnenorganisationen – DaMigra – agiert seit 2014 als bundesweiter herkunftsunabhängiger und frauenspezifischer Dachverband von Migrantinnenorganisationen. DaMigra versteht sich als Sprachrohr und Repräsentantin von mehr als 70 Migrantinnenorganisationen und setzt sich bundesweit für ihre Interessen in Politik, Öffentlichkeit, Medien und Wirtschaft ein.

© DaMigra e.V.



73%

der Menschen leben in autoritären Staaten oder Diktaturen. (laut Civicus-Monitor „unterdrückt" und „geschlossen").

Das betrifft fast **6 Milliarden** Menschen. Sie leben in Staaten, in denen Regierungen Freiheitsrechte erheblich einschränken und kritische Menschen drangsalieren, verhaften oder töten.

3,4%

der Menschen weltweit leben in Staaten, in denen Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit vollständig garantiert sind. (laut Civicus-Monitor „offen").

15

Länder wurden 2025 gegenüber dem Vorjahr herabgestuft, darunter Deutschland, auf „beschränkt".

Weltweit gibt es massive Kürzungen bei Menschenrechts-, Friedens-, Umwelt- und Entwicklungs-NGOs:

23%

weniger Mittel für Entwicklungszusammenarbeit stellten die Geberländer 2025 weltweit im Vergleich zum Vorjahr bereit (OECD 2026).

90%

der Frauenrechtsorganisationen weltweit kämpfen mit Finanzierungslücken (UN Women 2026).

Mehr Infos zum Atlas der Zivilgesellschaft und den fünf Kategorien des CIVICUS-Monitors:

Teil 2

Feministische Strategien in Krisenregionen und repressiven Kontexten

Im Netzwerk der Solidarität

Schwesterlichkeit, Fürsorge und fragiler Widerstand in Belarus seit 2020

Als Reaktion auf die manipulierten Präsidentschaftswahlen des autoritären Machthabers Lukaschenka entstand 2020 in Belarus eine historische Protestbewegung. Beantwortet wurde sie vom Regime mit extremer Polizeigewalt und Willkürjustiz. Die Philosophin und Aktivistin Olga Shparaga beschreibt die Erfahrungen während ihrer Inhaftierung und zeigt, dass Frauen und (Queer-)Feministinnen nicht nur das Gesicht des Protestes prägten, sondern auch die kreativen und friedlichen Formen des Widerstandes – getragen von Empathie und Kooperation. Es sind Formen des Widerstands, die in der Zivilgesellschaft unter brutaler Repression bis heute weitergetragen werden.



© Olga Shparaga

Die Kurator*innen einer großen Ausstellung zu den belarussischen Massenprotesten im Sommer und Herbst 2020, die 2021 in Kyiv stattfand, schrieben folgendes über diese Proteste:

„Die wichtigste Metapher für die Kraft der Solidarität, die die Menschen in ihrem Wunsch nach Veränderung vereinte, war die *Kette* – Schulter an Schulter mit Fremden – und das *Netzwerk* – die Organisationsstruktur der Plattformen, Initiativen und Bewegungen, die in der Lage sind, die Energie des Protests zu sammeln und in sozialen Wandel zu transformieren."[1]

Diese Selbstorganisation der Proteste, erklärten sie, erfolgte auf der sozialen und politischen Ebene, indem die Protestierenden Hilfe für die Betroffenen von COVID-19 und später von Polizei- und Staatsgewalt organisierten. Das Netzwerk der Solidarität entfaltete sich dabei als „eine topografische Figur ohne Zentrum", die „zerbrechlich, vorübergehend, nicht immer stabil, aber durchdringend und allumfassend" ist. Als ihre Bestandteile wurden bürgerliches Engagement, Schwesterlichkeit, Zusammenarbeit in den Nachbarschaften und Freund*innenschaften genannt.

All diese Formen der Vernetzung und Interaktion trugen dazu bei, den Kreis der Protestierenden zu erweitern. Klar war, dass man der Maschinerie staatlicher Gewalt nur mit einem breiten Netzwerk an Beteiligung Widerstand leisten konnte. Frauen und (Queer-)Feministinnen spielten in diesem Netzwerk eine sehr wichtige, wenn nicht sogar zentrale Rolle, da sie vielfältige Formen der Interaktion, Kooperation und Unterstützung anregten, die zwar fragil, aber gleichzeitig beständig waren.

FÜRSORGLICHE SOLIDARITÄT

So zeigten Frauen beispielsweise während der Protestaktionen *fürsorgliche Solidarität*, indem sie einander und die Bewegung der Demonstrationskolonne im Auge behielten und darauf achteten, dass niemand zurückblieb und in den Radius der Sicherheitskräfte geriet. Sie stellten sich auf der Fahrbahn auf, um den Verkehr zu stoppen; sie hielten sich an den Händen und riefen mehrstimmig, wenn sie eine Gefahr herannahen sahen. Die Frauen bildeten auch Gruppen, um für diejenigen einzutreten, die von der Polizei aus der Kolonne gerissen worden waren.

Die fürsorgliche Solidarität der Frauen und/oder der (Queer-) Feministinnen zeigte und zeigt sich weiterhin auch als gegenseitige psychologische, rechtliche oder finanzielle Hilfe und als aufmerksames Verhalten anderen gegenüber in den Gefängnissen und Strafkolonien.[2] Die emotionale Unterstützung und die warmen, offenen und vertrauensvollen Beziehungen, die Intensivierung freundschaftlicher Kommunikation und schließlich die Kritik an hegemonialer Männlichkeit sind ein wichtiger Teil davon.

„Die Gefängniserfahrungen von Frauen sind ein weiteres Kapitel in der Geschichte der belarussischen Revolution", – schrieb ich in meinem Buch über die belarussischen Proteste 2020 und meine eigenen Gefängniserfahrungen. „Viele wurden einander in den Gemeinschaftszellen zu Schwestern. Sie teilten Gefühle, Wissen, Fähigkeiten – und alles, was sie besaßen: Bücher, Essen, Hygieneartikel und Wäsche. Ich hielt im Gefängnis Vorlesungen zu den Themen Menschenwürde, Praktiken der Unterdrückung und Befreiungsstrategien, Solidarität und Empathie und entdeckte dabei zu meiner Überraschung, wie nah sich – von Sokrates bis Foucault – Philosophie und Gefängnis stehen. Eine der Frauen in meiner Zelle veranstaltete Workouts für die gesamte Gruppe. Wir malten, sangen und nahmen an Julija Mizkewitschs [Anm. belarussische Journalistin und Feministin] Seminaren über weibliche Erfahrungen und Feminismus teil. Und wenn es notwendig war, dann machten wir uns einfach Mut oder beruhigten einander".[3]

Buchtipp:

Olga Shparaga. Die Revolution hat ein weibliches Gesicht.



1 „Every Day. Art. Solidarity. Resistance", curated by Aleksei Borisionok, Andrei Dureika, Marina Naprushkina, Sergey Shabohin, Antonina Stebur, Maxim Tyminko, Mystetskyi Arsenal, Kyiv 2021, S. 249.

2 Stand 17. Juli 2026 gibt es in Belarus mindestens 938 politische Gefangene, 125 davon sind Frauen. 2.739 Personen haben ihre Strafe ganz oder teilweise verbüßt; bei 9.284 Personen wurde von der Menschenrechtsorganisation Dissidentby eine strafrechtliche Verfolgung festgestellt (https://dissidentby.com/en).

3 Olga Shparaga: Die Revolution hat ein weibliches Gesicht. Der Fall Belarus, Suhrkamp 2021, S. 93.

SCHWESTERLICHKEIT UND FRAGILER WIDERSTAND (WEAK RESISTANCE)

Schwesterlichkeit (sisterhood) und ihre Praktiken sind zu einer Antwort auf Gewalt geworden, die sich auf die eigene Verletzlichkeit stützt und weniger deren Überwindung als vielmehr deren Umwandlung in neue Formen kollektiven Handelns zum Ziel hat.

Berichte über ähnliche Erfahrungen finden sich immer wieder in den Erzählungen politischer Gefangener, die von belarussischen Journalist*innen und Menschenrechtsaktivist*innen gesammelt werden, mittlerweile auch in der belarussischen Diaspora.

Daria Afanasyeva, die aufgrund ihres feministischen Engagements 2,5 Jahre im Gefängnis und in der Strafkolonie verbracht hat, beschrieb ihren Alltag mit den Mitinsassinnen in der Strafkolonie im Jahr 2024 auf folgende Weise: „Ich habe mich nicht persönlich mit Mila Chekina unterhalten, aber sie kam immer zu uns in den Kreis, wenn Oksana Zaretskaya in der Pause zwischen Mittagessen und Fabrikarbeit Vorträge über zeitgenössische Kunst hielt. Mila war immer gut gelaunt. Oksana erzählte sehr interessant und mit anschaulichen Beispielen. Wenn sie erklärte, worin sich ein Klecks an der Wand von zeitgenössischer Kunst unterscheidet, hatte man das Gefühl, nicht im Gefängnis zu sein. Katja Bachwalowa brachte uns Spanisch bei, und wenn wir anfingen zu jammern, sagte Irina Slavnikowa: »Also, kommt schon, was ist denn los?«“[4]

Zu solchen „fragilen Gesten des Widerstands“, wie sie die polnische feministische Forscherin Ewa Majewska bezeichnet, gehört auch die Verwendung von rotem Lippenstift von belarussischen politischen Gefangenen – ein Verweis auf Maria Kolesnikowa, eine der prägendsten Figuren der Proteste von 2020, die mehr als fünf Jahre im Gefängnis und in der Strafkolonie verbrachte und im Rahmen der belarussisch-amerikanischen Verhandlungen im Dezember 2025 freigelassen wurde. Die Verwendung des Lippenstifts lässt sich außerdem als Aufrechterhaltung der Lebensfreude lesen, als Bestreben gut auszusehen, unter Bedingungen, die dies eigentlich ausschließen.

Der fragile Widerstand ist eine zentrale Taktik auch außerhalb der Strafkolonien und Gefängnisse im heutigen Belarus, wo der Staat als Reaktion auf die Proteste von 2020 eine nahezu vollständige Kontrolle über nicht genehmigte Aktionen im öffentlichen Raum etabliert hat. Gleichzeitig wird der fragile Widerstand zu einer Überlebensstrategie, die dem Leben einen echten Sinn verleiht.



© SviatlanaLaza / Shutterstock.com, Maria Kolesnikowa bei den Protesten im Jahr 2020.

Mit den Worten der 55-jährigen Janna aus Minsk, die ihren richtigen Namen nicht preisgeben wollte: „Die Menschen in meiner Umgebung glauben noch immer, dass sich etwas bessern wird. Diese Hoffnung gibt mir und meinen Mitstreitern Kraft. Selbst Leute, die unmittelbar in Gefahr sind, verhaftet zu werden, bleiben im Land, solange es nur geht.

Meine persönliche Überlebensstrategie: jeden Tag mindestens eine „Straftat“. Eine „Straftat“ in unserem Sinn ist etwas Gutes: jemandem zu helfen, ein paar Groschen zu spenden, etwas zu schreiben oder weiterzuerzählen.“[5]

AUTOR*INNENINFORMATIONEN



Dr. Olga Spharaga (geb. 1974 in Minsk) ist promovierte Philosophin und Gastwissenschaftlerin am Institut für Philosophie der FernUniversität in Hagen. Während der Massenproteste in Belarus im August 2020 hat sie die Femgruppe im Koordinationsrat rund um die belarussische Oppositionspolitikerin Svjatlana Tsichanouskaja mitgegründet. Als Mitglied der feministischen Gruppe wurde sie im Oktober 2020 inhaftiert und sollte das Land verlassen. In Jahr 2021 erschien im Suhrkamp ihr Buch „Die Revolution hat ein weibliches Gesicht. Der Fall Belarus“.

© FernUni in Hagen

4 «Не думала, что главред TUT.BY будет накладывать еду». Монолог экс-политзаключенной, которая недавно вышла из женской колонии. В: «Зеркало», 03.06.2024, https://news.zerkalo.io/life/69599.html?c

5 „Meine Überlebensstrategie: jeden Tag mindestens eine Straftat“. In: Dekoder, 10.08.2025, https://www.dekoder.org/de/article/belarus-interview-proteste-aengste-hoffnungen-teil-2/

Shrinking Space in Kriegszeiten

Das Potenzial feministischer Initiativen in der Ukraine



© Amica e.V.

In Kriegszeiten schrumpfen zivilgesellschaftliche Handlungsräume. Gerade dann ist eine starke feministische Zivilgesellschaft unverzichtbar: Frauen sind besonders von Gewalt und Vertreibung betroffen, während sie als marginalisierte Gruppen vor allem von der feministischen Zivilgesellschaft unterstützt werden. Als Frauenrechtsorganisation, die in Kriegs- und Krisengebieten tätig ist, hat Amica e.V. Strategien entwickelt, um zivilgesellschaftliche Akteur*innen unter schwersten Bedingungen wirksam zu stärken. Britta Wasserloos, Amica-Referentin für die Ukraine, schildert, was zivilgesellschaftliches Engagement im Krieg bedeutet und was frauensolidarische Graswurzelinitiativen in der Ukraine leisten.

Im Krieg wird der Raum für zivilgesellschaftliches Handeln immer kleiner. Es ist ein schleichender Prozess: Angst vor Angriffen sowie verschobene Staatsprioritäten und Kriegsrecht wirken zusammen und erschweren politische Mobilisierung und gesellschaftliches Engagement – was sich im Alltag der Ukraine spiegelt. Das Kriegsrecht ermöglicht Einschränkungen der Versammlungsfreiheit, russische Angriffe machen öffentliche Zusammenkünfte lebensgefährlich. Zudem entsteht ein Klima der Angst. Die strafrechtliche Verfolgung und gesellschaftliche Stigmatisierung (vermeintlicher) Kollaborateur*innen und Kriegsdienstverweigerer lassen viele verstummen. Die Gefahr russischer Be-

satzung hemmt zivilgesellschaftliches Engagement in frontnahen Gebieten zusätzlich. Erfahrungen aus besetzten ukrainischen Gebieten belegen die Risiken für Menschenrechtsverteidiger*innen und zivilgesellschaftliche Aktivist*innen, darunter Einschüchterung, Verfolgung und Festnahmen durch die Besatzungsmacht.

DAS PARADOXON: MEHR BEDARF BEI WENIGER FREIHEIT

Angriffe und Zerstörung treiben den Bedarf an medizinischer Hilfe, Materialien zum Wiederaufbau, psychosozialer Unterstützung und Schutzmaßnahmen drastisch in die Höhe. Kriegsbedingt verschieben sich aber auch die staatlichen Ressourcen hin zum Militär, wodurch Gelder für die sozialen Belange der Zivilbevölkerung fehlen. Während der staatliche Fokus in Kriegsregionen fast vollständig auf die militärische Verteidigung gerichtet ist, übernimmt die Zivilgesellschaft zunehmend die grundlegende Versorgung der Bevölkerung. Doch die Organisationen agieren unter extremem Druck und werden von Menschen getragen, die oft selbst direkt vom Konflikt betroffen sind. Sie erleben Angriffe, verlieren Angehörige, fliehen oder ringen mit Traumata.

Gleichzeitig bricht die finanzielle Basis weg. Staatliche Kürzungen machen viele Organisationen in Kriegs-und Krisenregionen von ausländischen Geldern abhängig – die jedoch zunehmend unzuverlässig werden. Das zeigen die drastischen Kürzungen und die faktische Auflösung der amerikanischen Entwicklungsbehörde USAID in der Ukraine auf dramatische Weise. Wenn Finanzierungen wegbrechen, können zivilgesellschaftliche Initiativen nicht langfristig planen und wichtige Unterstützungsangebote wie psychosoziale Hilfe für Frauen und Betroffene geschlechtsspezifischer Gewalt müssen eingeschränkt werden – genau jene Angebote, die in Krisenzeiten unentbehrlich sind.

Dieses Paradoxon – der wachsende Bedarf an Angeboten bei gleichzeitigem Schwinden der Möglichkeiten für zivilgesellschaftliches Engagement – ist für unsere Partnerinnen in der Region Dnipropetrowsk, direkt an der Front, tagtäglich spürbar. Luftalarme unterbrechen die Arbeit, die Menschen müssen in Schutzräume fliehen; Strom- und Internetausfälle kappen die Kommunikation. Es ist ein Leben und Arbeiten in ständiger Unsicherheit. Eine der Fraueninitiativen konnte kürzlich noch regelmäßig in eine etwa 30 Kilometer entfernte Stadt fahren, um Gruppenangebote für Frauen anzubieten. Aufgrund zunehmender Angriffe auf die Region ist es inzwischen auch dort zu gefährlich für Teilnehmer*innen und Mitarbeiter*innen. Die Aktivitäten mussten eingestellt werden.

DIE UNVERZICHTBARKEIT DES LOKALEN: STÄRKEN FEMINISTISCHER ZIVILGESELLSCHAFT

Trotz – und gerade wegen – dieser Bedingungen ist eine starke Zivilgesellschaft in bewaffneten Konflikten unverzichtbar. So wird in der Ukraine aktuell ein Großteil der humanitären Hilfe und Versorgung in frontnahen Gebieten von der Zivilgesellschaft und Freiwilligeninitiativen erbracht. Haushaltskürzungen im sozialen Bereich treffen marginalisierte Gruppen besonders stark. Sie führen insbesondere in ländlichen Gegenden dazu, dass keine staatlichen Unterstützungsmaßnahmen mehr angeboten werden und entlegene Orte auch in Frontnähe häufig keine humanitäre Hilfe erhalten. Zivilgesellschaftliche Angebote sind oft die einzigen Anlaufstellen. Frauen übernehmen dabei eine Schlüsselrolle für den sozialen Zusammenhalt, sowohl in Freiwilligeninitiativen als auch im Alltag. Feministische Initiativen setzen sich gezielt für jene Gruppen ein, die staatlich vernachlässigt werden, zum Beispiel mit mobilen Angeboten an entlegenen und strukturschwachen Orten.



© Amica e.V.

Internationale Standards bestätigen die Bedeutung lokaler Verankerung in der psychosozialen Unterstützung: die IASC-Leitlinien für psychosoziale Unterstützung in Notsituationen, die WHO sowie Resolutionen der UN-Generalversammlung betonen ausdrücklich, dass psychosoziale Versorgung in Krisenkontexten gemeindenah sein muss und auf bereits bestehende lokale Unterstützungsstrukturen zurückgreifen sollte. Niedrigschwellige, gemeinschaftsbasierte Ansätze schaffen Vertrauen, solidarischen Zusammenhalt und stärken die Resilienz der Betroffenen dort, wo institutionelle Angebote fehlen.

Wenn Regionen wegen anhaltender Kampfhandlungen für staatliche Institutionen oder internationale Hilfsorganisationen zeitweise schwer oder gar nicht zugänglich sind, ist die Bedeutung lokaler zivilgesellschaftlicher Organisationen als einzige Unterstützungsquelle für Betroffene augenfällig. Ein eindrucksvolles Beispiel für die Lebensrettungskraft lokaler, frauensolidarischer Netzwerke war die Situation in Mariupol. Amica hatte dort seit 2018 gemeinsam mit einer Frauenrechtsorganisation in der damaligen „Pufferzone" in der Region Donezk kleine Initiativgruppen aufgebaut. Diese Gruppen fungierten als Safe Spaces und boten psychologische Erste Hilfe für Frauen an. Mit mobilen Teams fuhr unsere Partnerorganisation regelmäßig durch Checkpoints in sonst kaum zugängliche Regionen und baute ein solidarisches Netzwerk für Frauen auf, die von Krieg und Gewalt betroffen waren. Als die russische Großinvasion im Februar 2022 begann, erwies sich dieses Netzwerk als überlebenswichtig: Die Gruppen konnten schnell Evakuierungspunkte einrichten und Betroffene informieren, sodass viele marginalisierte Frauen rechtzeitig mit Hilfsgütern versorgt und evakuiert werden konnten.

STRATEGIEN DER BEHAUPTUNG: RÄUME SCHAFFEN UND KLEINE INITIATIVEN STÄRKEN

Wie lässt sich feministische Handlungsfähigkeit in Kriegszeiten erhalten? Die Erfahrung von Amica zeigt, dass die Unterstützung kleiner, lokaler Graswurzelinitiativen ein Schlüsselansatz ist. In der Ukraine fördern und erhalten wir feministische Handlungsspielräume, indem wir kleine Initiativen an strukturschwachen oder schwer erreichbaren Orten unterstützen – sowohl in ihrer Arbeit für die Gemeinschaft als auch in ihrer Selbstfürsorge. In Frontnähe sind sie in Ortschaften präsent, die vom Staat kaum Unterstützung erhalten und von mobilen Angeboten aufgrund der Sicherheitslage nicht erreicht werden. Dabei verfolgen wir eine mehrgleisige Strategie:
(1.) Capacity Development: Wir stärken die Selbstorganisation der Gruppen und finanzieren Organisationsentwicklung nach den spezifischen Bedürfnissen der Initiativen.
(2.) Gemeinschaftliche Resilienz: Wir setzen nicht nur auf individuelle psychosoziale Beratung, sondern fördern bewusst Gruppenangebote. So erleben Betroffene Solidarität, finden einen sicheren Ort, um über gemeinsame traumatisierende Erfahrungen zu sprechen, und gewinnen die Kraft zur gemeinsamen Mobilisierung zurück.
(3.) Unkomplizierte Angebote: Wir unterstützen Initiativen auch bei Aktivitäten, die auf den ersten Blick „unpolitisch" oder nicht explizit feministisch wirken. In Kriegs-und Krisenregionen ist dies oft ein sinnvoller Weg, überhaupt handlungsfähig zu bleiben. Auch Angebote wie etwa Kunsttherapie oder Yoga können zu wichtigen Orten der Gemeinschaft und der Mobilisierung werden.

Herausfordernd bleibt die Einflussnahme über das Lokale hinaus: Obwohl es in der Ukraine primär engagierte Frauen sind, die vor Ort humanitäre Hilfe, den Schutz der Bevölkerung, Unterstützungsstrukturen, Sozialleistungen, Zugang zu Grundversorgung und Bildung organisieren sowie lokale politische Maßnahmen (gendersensibel) mitgestalten, bleiben sie aus wichtigen überregionalen Strategie- und Entscheidungsprozessen häufig ausgeschlossen. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass feministische Akteur*innen auf allen politischen Ebenen vertreten sein müssen, um Veränderungen voranzutreiben. Entscheidend ist, dass die Verbindung zwischen Frauen an der Basis und Vertreterinnen in Entscheidungsgremien besteht, damit die Interessen marginalisierter Frauen in politische Entscheidungen einfließen. Auch hierbei unterstützen wir unsere Partnerinnen im Rahmen von Lobby- und Advocacy-Arbeit. Denn obwohl Frauen in der Ukraine über Bündnisse wie die UN-Resolution 1325 „Frauen, Frieden, Sicherheit" ihre Stimmen einbringen, finden lokale Fraueninitiativen aus ländlichen und frontnahen Gebieten gegenüber größeren NGOs in den Städten oft weniger Gehör. Durch die Vernetzung lokaler Fraueninitiativen und NGOs stärken wir ihre gemeinsame Stimme und fördern die Beteiligung weniger sichtbarer Akteur*innen an Entscheidungsprozessen.

Feministisches Handeln wirkt bestehenden Machtstrukturen entgegen und stärkt insbesondere marginalisierte Gruppen – oft in vernachlässigten Gegenden. Wir fördern die Räume zivilgesellschaftlichen Engagements, damit feministische Initiativen und Akteur*innen überleben, Freiheitsräume verteidigen und Gelegenheiten für gesellschaftlichen Wandel nutzen können.

AUTOR*INNENINFORMATIONEN



Britta Wasserloos ist Referentin für Auslandsprojekte bei Amica e.V. und leitet u. a. ein Projekt in der Ukraine.

© Jeannette Petri

Mehr zur Arbeit von Amica in der Ukraine:

Widerstand und Resilienz

Statement feministischer Zivilgesellschaft aus dem Sudan

Als „Bana Group for Peace and Development" sehen wir im schrumpfenden Handlungsspielraum der Zivilgesellschaft eine direkte Bedrohung für feministische Friedensarbeit und Frauenrechte. Feministische Akteur*innen sind zunehmend von Delegitimierung, Mittelkürzungen, Überwachung, Online-Hass und politischen Narrativen betroffen, die Gleichstellungsarbeit als „ideologisch" oder fremdgesteuert darstellen. Besonders gefährlich ist dies für migrantisch geführte, frauengeführte und basisnahe Organisationen, deren Legitimität und Zugang zu Ressourcen ohnehin fragil sind.

Frauenrechtsaktivistinnen in Kriegs- und Krisengebieten gehören zu den am stärksten Betroffenen. Sie arbeiten unter Bedingungen extremer Unsicherheit – geprägt von Vertreibung, Militarisierung und politischer Repression. Dennoch leisten sie weiterhin Schutz für vulnerable Gruppen und traumatisierte Menschen. Sie bieten psychosoziale Unterstützung vor Ort an, dokumentieren Menschenrechtsverletzungen und setzen sich für Friedensbildung und die Beteiligung von Frauen an Friedensprozessen ein.

UNSERE STRATEGIEN DES WIDERSTANDS UND DER RESILIENZ UMFASSEN:

1. Den Aufbau starker lokaler Netzwerke zwischen Frauen, Jugendlichen, geflüchteten Gruppen und Friedensakteur*innen.
2. Die Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen und konkreten geschlechtsspezifischen Erfahrungen, damit die Perspektiven von Frauen nicht unsichtbar gemacht werden.
3. Die Schaffung sicherer Räume für Dialog, Heilung, Gestaltung und politische Teilhabe.
4. Die Stärkung transnationaler feministischer Solidarität zwischen Organisationen in Deutschland, Sudan und anderen konfliktbetroffenen Kontexten.
5. Die öffentliche Verteidigung von Geschlechtergerechtigkeit und die Auseinandersetzung mit Narrativen, die feministische Arbeit als unnötig oder spaltend darstellen.
6. Das Eintreten für flexible, langfristige Finanzierung – insbesondere für basisnahe und frauengeführte Organisationen.

Für uns bedeutet feministischer zivilgesellschaftlicher Raum nicht nur das Recht, sich zu organisieren. Es geht um Überleben, Würde, Frieden und Gerechtigkeit. Entwicklungsorganisationen und NGOs müssen gemeinsam auf Verleumdung und Mittelkürzungen reagieren, indem sie solidarisch handeln, den Wert feministischer Arbeit klar kommunizieren und sich weigern, politisch angegriffene Organisationen zu isolieren.

Unsere wichtigste Erkenntnis ist, dass feministische Zivilgesellschaft durch Solidarität überlebt. Wenn zivilgesellschaftliche Räume schrumpfen, müssen Netzwerke wachsen. Wenn Mittel gekürzt werden, müssen Partnerschaften gleichberechtigter werden. Wenn Frauenrechtsaktivistinnen zum Schweigen gebracht werden, müssen andere ihre Stimmen verstärken. Feministische Friedens- und Entwicklungsarbeit muss geschützt werden – denn ohne Frauenrechte kann es keinen nachhaltigen Frieden geben.

AUTOR*INNENINFORMATIONEN



Mai Shatta, Advocacy Director der sudanesischen Frauenrechtsorganisation „Bana Group for Peace and Development" und Trainerin für sudanesische Friedensaktivist*innen.

© Jeannette Petri

FEMINISTISCHE PARTNERSCHAFT: AMICA UND BANA GROUP

Bana Group ist eine feministische Nichtregierungsorganisation aus dem Sudan. Sie versteht sich als Graswurzelorganisation und Netzwerk von Aktivist*innen, die in verschiedenen, insbesondere auch marginalisierten Regionen des Sudans arbeiten. Darüber hinaus sind sie transnational aktiv und vernetzen sich in der Diaspora. Seit 2025 ist Bana Group die Partnerorganisation von Amica e.V. Amica unterstützt Bana dabei, ein Büro in Kairo aufzubauen, um Frauen zu helfen, die vor dem Krieg im Sudan fliehen mussten. In Kairo sollen so langfristige zivilgesellschaftliche Unterstützungsnetzwerke von Frauen für Frauen aufgebaut werden. Angeboten werden u. a. Schutzräume für Frauen und Kinder, psychosoziale Beratungen, Workshops und Schulungen von Multiplikator*innen.

Tipp

Dokumentarfilm zum Krieg im Sudan:



© Amica e.V., Frauen aus dem Netzwerk der Amica-Partnerorganisation Bana Group.

Der Kampf um Libyens Zivilgesellschaft

Was es bedeutet, in einem geschlossenen Kontext Frauenrechtsaktivistin zu sein

Seit dem Sturz Muammar al-Gaddafis 2011 ist Libyen von einem anhaltenden Kampf zwischen rivalisierenden Machtzentren geprägt. Auch wenn der Bürgerkrieg seit 2020 als eingefroren gilt, prägen politische Instabilität und Repression weiterhin den Alltag der Menschen: Laut dem Civicus-Monitor zählt Libyen zu den 21 Staaten weltweit, in denen die Entstehung und freie Entfaltung einer Zivilgesellschaft gewaltsam unterbunden wird. Wer sich für Frauenrechte einsetzt, lebt gefährlich. Yasar Al-Ameen zeigt, wie Aktivist*innen unter diesen Bedingungen arbeiten – und welchen Preis sie dafür zahlen.

ÜBERSETZT AUS DEM ENGLISCHEN

In Libyen hat sich der zivilgesellschaftliche Handlungsspielraum in den letzten Jahren zunehmend verengt. Immer mehr Einschränkungen behindern die Arbeit von Organisationen, die sich für Geschlechtergerechtigkeit sowie für die Förderung und den Schutz von Menschenrechten einsetzen.

Sich für Frauenrechte zu engagieren bedeutet, sich in einen ständigen Aushandlungsprozess zu begeben. Aktivist*innen, zivilgesellschaftliche Organisationen und feministische Kräfte agieren in einer fragilen politischen Landschaft zwischen Konflikten, Unsicherheit und institutioneller Zersplitterung. Die Herausforderungen für Frauen in Libyen gehen dabei weit über fehlende finanzielle Mittel oder unzureichende Infrastruktur hinaus. Die eigentliche Schwierigkeit besteht darin, unter Bedingungen zu überleben, in denen Debatten über Frauenrechte binnen kürzester Zeit stigmatisiert und als Bedrohung für bestehende soziale Normen und Machtverhältnisse konstruiert werden.

Diskurse über Frauenrechte, Geschlechtergleichheit, geschlechtsbasierte Gewalt oder Rechte marginalisierter Gruppen stoßen auf großen gesellschaftlichen Widerstand, der sich in physischen Angriffen und Missbrauch, Online- und Offline-Belästigung, Verleumdung, direkter Einschüchterung oder gar der abrupten Schließung von Anlaufstellen äußert. Obwohl zivilgesellschaftliche Organisationen rechtlich arbeiten dürfen, werden sie in der Praxis mit zunehmenden administrativen Einschränkungen, Unsicherheiten bei Registrierungsverfahren und verschärfter Überwachung konfrontiert. Die Verengung des zivilgesellschaftlichen Raums in Libyen erfolgt dabei nicht ausschließlich über formelle Gesetze oder staatliche Repression. Sie manifestiert sich darüber hinaus in Verunsicherung, sozialem Druck und letztlich in der Normalisierung des Schweigens.

Viele Aktivist*innen haben gelernt, sich in Angst vor Repressalien stark selbst zu zensieren, um überhaupt weiterarbeiten und überleben zu können. Worte werden sorgfältig gewählt, öffentliche Interessenvertretung weicht informellen und weniger sichtbaren Formaten der Zusammenarbeit. Viele Aktivitäten sind in allgemeine Angebote wie Elternkurse, psychosoziale Selbsthilfegruppen oder Workshops zur Einkommenssicherung eingebettet. So gibt es Frauenzentren, die im Rahmen solcher Angebote Betroffenen geschlechtsspezifischer Gewalt vertrauliche Unterstützung und sichere Räume bieten. Sie „tarnen“ ihre Arbeit nicht bewusst, sondern rahmen sie so, dass unnötige Aufmerksamkeit vermieden und Mitarbeitende sowie Teilnehmende geschützt werden.

Insbesondere Frauenrechtsorganisationen tragen eine doppelte Last. Einerseits arbeiten sie unter den Bedingungen einer fortwährenden Krise, in der wirtschaftliche Instabilität, Migrationsbewegungen und die anhaltenden Folgen bewaffneter Konflikte zusammenwirken. Andererseits sind sie gezwungen, ihre Arbeit in einem gesellschaftlichen Klima ständig zu rechtfertigen, in dem feministischer Aktivismus bedrohlich dargestellt wird. Trotz dieser widrigen Herausforderungen versuchen libysche Frauen weiterhin, Räume des Widerstands, der Solidarität und der Fürsorge zu schaffen.

RESILIENZ UND GEMEINSCHAFT: FRAUENSOLIDARISCHE WIDERSTANDSKRAFT

Frauenrechtsgruppen engagieren sich für Überlebende von Gewalt, bieten psychosoziale Unterstützung an, fordern rechtliche Reformen und arbeiten in der humanitären Nothilfe. Aufgrund auferlegter staatlicher Einschränkungen und der zunehmenden Notwendigkeit, sich auf Vertrauensnetzwerke im unmittelbaren Umfeld verlassen zu müssen, bleiben viele dieser Initiativen jedoch weitgehend unsichtbar oder geraten aus dem öffentlichen Blick. Hinzu kommt, dass aufgrund der Einschränkungen inzwischen nur noch wenige Organisationen ihre Arbeit überhaupt fortsetzen können.

Zu den wichtigsten Überlebensstrategien zählt gemeinschaftsbasierter Aktivismus (engl. community-based activism). Organisationen, denen es gelingt, ihre Arbeit erfolgreich fortzuführen, sind in der Regel in lokalen communities verankert und formulieren Frauenrechte in kulturell passender Sprache: sie umgehen konfrontative Begriffe und stellen Konzepte wie Würde, Schutz, Bildung, Familie und soziale Bindungen in den Vordergrund. Dadurch können sensible Themen in schwierigen Gesprächen langsam vermittelt und gesellschaftliche Widerstände reduziert werden.

KULTURELLE SENSIBILITÄT IN SOLIDARISCHEN PARTNERSCHAFTEN

Auch internationale Zusammenarbeit spielt eine wichtige Rolle. Viele lokale Organisationen sind zunehmend auf internationale Kooperationen angewiesen – sowohl für finanzielle Unterstützung als auch für technische Hilfe und Schutz. Diese Kooperationen müssen jedoch sehr sorgfältig und ethisch gestaltet werden: Internationale Akteur*innen erhöhen manchmal unbeabsichtigt die Risiken für lokale Aktivist*innen, indem sie Sichtbarkeit, Sprache, Advocacy-Strategien oder Arbeitsansätze fördern, die nicht mit der lokalen Realität im Einklang stehen.

Die Unterstützung feministischer Zivilgesellschaft in Libyen erfordert daher langfristiges Vertrauen, Flexibilität und ein fundiertes Verständnis der lokalen Bedingungen. Bei sensiblen Themen wie Migration, sexualisierter Gewalt oder Geschlechtergerechtigkeit sind die Risiken besonders hoch. Viele Organisationen sehen sich täglich mit schwierigen ethischen und sicherheitsrelevanten Herausforderungen konfrontiert.

Gleichzeitig zeigt Libyen eindrücklich, welche Formen von Resilienz innerhalb der Zivilgesellschaft entstehen können: Frauen haben in Krisenzeiten immer wieder bemerkenswerte Widerstandskraft bewiesen. In Zeiten eskalierender Konflikte, Naturkatastrophen wie den Überschwemmungen im Jahr 2023 und politischer Instabilität gehör(t)en von Frauen geführte Initiativen oft zu den ersten und vertrauenswürdigsten Akteur*innen, die Unterstützung leiste(te)n. Dort, wo formelle Institutionen versagen, gelingt es lokalen Frauengruppen häufig, mit sehr wenigen Ressourcen weiterzuarbeiten – getragen von Engagement und Solidarität.

KEINE ROMANTISIERUNG VON RESILIENZ

Diese Resilienz darf jedoch nicht romantisiert werden, und das Leid darf nicht beschönigt werden. Aktivist*innen in Libyen sind erschöpft. Burnout, Unsicherheit, emotionale Belastung, finanzielle Instabilität und soziale Ängste gehören zum Alltag. Viele Akteur*innen der Zivilgesellschaft arbeiten ohne psychologische Unterstützung oder institutionellen Schutz. Damit feministischer zivilgesellschaftlicher Raum erhalten bleiben kann, reicht es nicht aus, die Resilienz zu feiern; notwendig sind langfristige Investitionen in die Sicherheit und in die Stärkung lokaler Akteurinnen.

Die Verengung zivilgesellschaftlicher Räume ist kein ausschließlich libysches Phänomen, sondern Teil eines globalen Trends. In Konfliktkontexten wie Libyen sind die Folgen jedoch besonders gravierend, weil die Zivilgesellschaft oft die Lücken schwacher staatlicher Institutionen füllt. Werden feministische und zivilgesellschaftliche Räume eingeschränkt, schwächt dies nicht nur den Schutz vulnerabler Bevölkerungsgruppen, sondern untergräbt auch gesellschaftliches Vertrauen und die Voraussetzungen für nachhaltige Friedensförderung.

Trotz aller Einschränkungen organisieren sich libysche Frauen weiterhin, unterstützen einander und beanspruchen Räume – sichtbar wie unsichtbar. Ihre Arbeit steht nur selten im Fokus öffentlicher Aufmerksamkeit. Für die Umsetzung von Gerechtigkeit, den Schutz von Menschenrechten und nachhaltige Transformationsprozesse in der libyschen Gesellschaft bleibt sie jedoch von zentraler Bedeutung.

AUTOR*INNENINFORMATIONEN



Yasar Alameen ist Menschenrechtsaktivistin und Kinderschutzbeauftragte bei UNICEF in Libyen. 2025 war sie mit einem Stipendium des CCP-Programms vom Institut für Auslandsbeziehungen für 3 Monate in Freiburg bei Amica e.V.

© Privat

Unsere Strategien und Forderungen:

Die Kraft transnationaler feministischer Zivil-gesellschaft

Seit über 30 Jahren setzt sich Amica e.V. für die Rechte von Frauen und Mädchen in Krisengebieten ein und unterstützt Partnerorganisationen beim Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen. Die Zusammenarbeit von Frauenrechtsorganisationen über Grenzen hinweg ist verbindend. Amica ist das italienische Wort für „Freundin" als Ausdruck einer politischen Freund*innenschaft. Unsere Kämpfe sind nicht isoliert, sondern verfolgen eine gemeinsame Vision: eine Welt, die allen Menschen ein Leben in Freiheit und Sicherheit ermöglicht. Eine unabhängige Zivilgesellschaft ist dafür unverzichtbar. Die Räume dieser Zivilgesellschaft zu erweitern, wo sie eingeschränkt werden, und zu erhalten, wo sie bedroht werden, ist dafür entscheidend.

WARUM FEMINISTISCH?

Feministische Politik stärkt die Rechte, Teilhabe und Sicherheit aller Menschen, indem sie Machtverhältnisse in den Blick nimmt. Sie macht strukturelle Diskriminierung sichtbar und setzt sich dafür ein, gesellschaftliche Strukturen zu verändern. In Krisen unterstützt sie insbesondere marginalisierte Gruppen. Frauenrechtsorganisationen sind häufig eng verbunden mit ihren communities und kennen die Bedarfe vor Ort. Sie eröffnen Handlungsspielräume dort, wo Ressourcen und Zugänge fehlen.

WOZU BRAUCHT ES SOLIDARISCHE PARTNERSCHAFTEN?

In Kriegs- und Krisenregionen sind zivilgesellschaftliche Räume immer beschränkt. Aufbau von Zivilgesellschaft bedeutet hier, mit Organisationsberatung, finanzieller Unterstützung und Vernetzung neue Räume zu schaffen. Amica versteht sich nicht nur als Geldgeberin, sondern als solidarische Partnerin mit politischem Blick auf die Ursachen bestehender Ungerechtigkeit und Gewalt. Wir legen Wert auf faire Partnerschaften und reflektieren unser Handeln in den bestehenden Machtverhältnissen.

TRANSNATIONALE FEMINISTISCHE VERNETZUNG – WAS BEDEUTET DAS?

In breiten feministischen Bündnissen und Vernetzungen liegt ein wichtiges Handlungspotenzial gegen Shrinking Space. Die gemeinsamen Muster und Verbindungen zwischen weit entfernten Kämpfen und Erfahrungen von Frauen sind stärkend. Das zeigt sich auch bei unseren Partner*innen: Frauenrechtsorganisationen in der Ukraine lernen von den Kriegserfahrungen unserer bosnischen Partnerinnen, wenn es um die Aufarbeitung sexualisierter Kriegsgewalt geht. Das feministische Netzwerk Bana Group aus dem Sudan profitiert von der Expertise unserer libyschen Partnerin, die sie zu internationalen Kinderschutzstandards weiterbildet. Amica ist ein Netzwerk der Freund*innenschaft.

Amica konkret:

SCHNELLE HILFE, WENN ES DRAUF ANKOMMT



Ukraine, 23. März 2022

Bereits am ersten Tag der russischen Großinvasion organisierte eine Amica-Partnerorganisation die Evakuierung von Frauen und Kindern aus Mariupol. Dank der etablierten lokalen zivilgesellschaftlichen Strukturen waren Evakuierungsorte eingerichtet, bevor internationale Hilfskonvois die Region erreichten.

WIEDERAUFBAU, AUCH WENN DIE AUFMERKSAMKEIT WEITERZIEHT



Bosnien und Herzegowina seit 1993

Amica unterstützt Frauenrechtsorganisationen und Überlebende sexualisierter Kriegsgewalt auch mehr als 30 Jahre nach dem Krieg. Traumata, Stigmatisierung und gesellschaftliches Schweigen wirken weiter. Zivilgesellschaft ist für Wiederaufbau, Aufarbeitung & Versöhnungsprozesse unverzichtbar.

GESELLSCHAFTLICHEN WANDEL VORANTREIBEN



Syrien seit 2025

Während unter Assad zivilgesellschaftliche Strukturen gezielt zerstört wurden, haben feministische Organisationen im Exil weitergearbeitet. Heute kämpfen unsere Partnerinnen in Syrien für eine geschlechtergerechte Verfassung und ein freies Leben für alle Syrer*innen. Die Unterstützung feministischer Zivilgesellschaft bei Lobbyarbeit, Bildungs- und Kampagnenarbeit ist wichtiger Bestandteil von Amica-Projekten.

Fotos: © Amica e.V.

Unsere Forderungen:

- ☑ **Zivilgesellschaft schützen und stärken – besonders, wenn es um marginalisierte Interessen geht.**
- ☑ **Reform des Gemeinnützigkeitsrechts: Politisches und menschenrechtliches Engagement muss rechtlich abgesichert und gestärkt werden.**
- ☑ **Keine Mittelkürzungen auf Kosten von Menschenrechten und globaler Gerechtigkeit.**
- ☑ **Frauenrechtsorganisationen nachhaltig finanzieren, um patriarchale Strukturen zu überwinden.**
- ☑ **Feministische Zivilgesellschaft in Krisen-und Kriegsregionen als Opposition zu autoritären Machtstrukturen verlässlich fördern.**
- ☑ **Zivilgesellschaft als gleichberechtigte Partnerin in globalen Krisen anerkennen: Ihre Expertise systematisch in politische Entscheidungen einbeziehen.**

Weltweit schrumpfen die Handlungsspielräume der Zivilgesellschaft. Autoritäre Entwicklungen, Kriege und antifeministische Bewegungen bedrohen engagierte Gruppen, Organisationen und Menschenrechtsverteidiger*innen.

Amica e.V. ist eine Frauenrechtsorganisation, die Frauen in Kriegs- und Krisengebieten unterstützt und sich für Überlebende geschlechtsspezifischer Gewalt in bewaffneten Konflikten einsetzt. Gemeinsam mit Partnerorganisationen stärkt Amica langfristig feministische und zivilgesellschaftliche Strukturen.

Dieses Themenheft versammelt feministische Perspektiven auf Shrinking Spaces und fragt, wie sich die zunehmenden Einschränkungen zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume auswirken: auf Frauenrechtsorganisationen und feministische Akteurinnen in Deutschland (Teil 1) ebenso wie auf zivilgesellschaftliches Engagement in repressiven Kontexten und während bewaffneter Konflikte (Teil 2). Zugleich zeigt das Heft, wie Handlungsspielräume verteidigt und zurückgewonnen werden können – mit der Kraft solidarischer Netzwerke und feministischer Zusammenarbeit.

FEMINISTISCHE ZIVILGESELLSCHAFT JETZT UNTERSTÜTZEN:

AMICA e.V.
Volksbank Freiburg
IBAN DE15 6809 0000 0002 1001 00
BIC GENODE61FR1

MEHR ERFAHREN:

www.amica-ev.org

Die Publikation wurde gefördert von:

Bertha von Suttner Stiftung der DFG-VK

AMICA
Frauen stärken

ISBN 978-3-00-089111-3